

Beatrix W. Bouvier
Horst Peter Schulz
(Herausgeber)

**„...die SPD
aber aufgehört hat
zu existieren“**

Sozialdemokraten
unter sowjetischer Besatzung



Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

ISBN 3-8012-0162-7

Copyright C 1991 by Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn
In der Raste 2, D-5300 Bonn 1
Umschlag: Manfred Waller, Reinbek (unter Verwendung eines Fotos
vom Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung)
Satz: Fotosatzstudio typo bonn, Bonn
Druck und Verarbeitung: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1991

„...die SPD aber hat aufgehört zu existieren.“

*Aus einer Analyse Erich W. Gniffkes zur Lage der SPD in der SBZ
vom 70. Februar 1946, in der es heißt. „Wie in den Gewerkschaften
besetzt auch in der zukünftigen Einheitspartei die KPD alle Schlüssel-
stellungen und nichts anderes kommt bei der Vereinigung heraus, als
daß die KPD ihren Namen abgelegt und einen neuen Apparat hat,
die SPD aber aufgehört hat zu existieren.“*

Inhalt

Einleitung: Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung	9
---	---

Dokumente:

Interviews mit Sozialdemokraten über die Nachkriegszeit
in der Sowjetischen Besatzungszone

1. Interview mit S. F., Vorstandssekretär des ZA der SPD in Berlin	51
2. Interview mit S. G., Bezirksvorsitzender der SPD in Magdeburg	89
3. Interview mit D. R., SPD-Bezirkssekretär in Magdeburg	107
4. Interview mit M. H., SPD-Redakteur in Magdeburg	123
5. Interview mit D. F., Vizepräsident der Bezirksverwaltung Merseburg	147
6. Interview mit W. A., FDGB-Sekretär in Sachsen-Anhalt	171
7. Interview mit P. H., SPD-Jugendsekretär in Halle-Merseburg	183
B. Interview mit T. S., Kreisvorsitzender der SPD in Leipzig	203
9. Interview mit A. W., SPD-Unterbezirkssekretär in Dresden	227
10. Interview mit H. H., Bürgermeister in Chemnitz	251

11. Interview mit P. W., Parteisekretär im SPD-Unterbezirk Freital-Dippoldiswalde	263
12. Interview mit K. E., Mitglied des SPD-Kreisvorstandes in Saalfeld /Thüringen	277
13. Interview mit W. H., SPD-Landessekretär in Mecklenburg	285
14. Interview mit S. L., Antifa- und SPD-Mitglied in Güstrow	301
Anhang:	
Kurzbiographien	315
Ausgewählte Literatur	321
Abkürzungsverzeichnis	323
Personenregister	325
Zu den Herausgebern	328

Einleitung

Beatrix W. Bouvier Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung

Die im vorliegenden Band abgedruckten Dokumente legen Zeugnis ab von einer in einer breiteren Öffentlichkeit fast vergessenen Geschichte. So jedenfalls schien es viele Jahre. Mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze im Spätherbst 1989 änderte sich dies schlagartig. Was bis dahin vorwiegend eine begrenzte Zahl von Fachleuten interessierte, geriet in die öffentliche Diskussion und drohte im politischen Schlagabtausch undifferenziert funktionalisiert zu werden. Das birgt die Gefahr einer neuen Mythenbildung. Gerade weil historische Darstellungen über die Vereinigung von SPD und KPD zur SED von seiten der bisherigen DDR-Geschichtsschreibung aus naheliegenden legitimatorischen Gründen einseitig sind, sollte man jedoch andere Extreme vermeiden. Da es in vielerlei Hinsicht um eine erneute Vergangenheitsbewältigung gehen wird, muß dem Prozeß der Annäherung an historische Wahrheit große Aufmerksamkeit geschenkt werden, geht es doch zugleich um den Versuch, sich aus größerer Distanz eine Wirklichkeit zu vergegenwärtigen, die aus verschiedenen Gründen verschüttet ist. Hier gilt es weiterzugraben und Verschüttetes freizulegen, um dem Bild der Vergangenheit, das wir nur in Umrissen oder Verzerrungen kennen, schärfere Konturen verleihen zu können. Es geht um wichtige Aspekte der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Daran zu erinnern und sie

ins Bewußtsein zu heben, kann nicht allein das Betätigungsfeld der Fachwissenschaftler sein. Das vorhandene Fachwissen sollte vielmehr einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Dies zu tun und gleichzeitig vor einer neuerlichen Mythen- und Legendenbildung zu warnen, ist ein Anliegen der vorliegenden Dokumentation.

Die hier vorgelegten Berichte von Zeitzeugen sind erinnerte Geschichte, mit deren Hilfe versucht werden soll, sich dieser Periode deutscher Nachkriegsgeschichte zuzuwenden. Es sind Quellen, die einigen Fachwissenschaftlern teilweise bereits zugänglich gemacht wurden, die aber bisher noch nicht publiziert worden sind. Trotz notwendiger Einschränkungen soll mit der Veröffentlichung nicht nur an einen Zeitabschnitt und seine historische Besonderheit, an Menschen und ihr politisches und persönliches Schicksal erinnert werden; sie will auch dazu anregen und Mut machen, nach weiteren Zeitzeugen oder nach anderen Spuren zu suchen. Gerade weil die politischen Verhältnisse sich grundlegend geändert haben, wird auch die deutsche Nachkriegsgeschichte, wird die Vor- und Frühgeschichte der ehemaligen DDR von anderen Blickwinkeln aus von großem Interesse sein und möglicherweise einer Revision unterzogen werden müssen. Wie unterschiedlich dabei Bewertungen bleiben werden, zeigen neueste Publikationen aus der ehemaligen DDR (z. B. Krusch/Malycha, Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung). Die hier abgedruckten Berichte von Sozialdemokraten über ihr Leben und ihr politisches Handeln in den ersten Nachkriegsjahren auf dem Gebiet der damaligen Sowjetischen Besatzungszone entstanden jedoch während der Jahre, als ein vereinigtes Deutschland in historisch weiter Ferne zu liegen schien. Dies ist bei der Interpretation zu berücksichtigen.

Die vorliegenden Protokolle sind eine Auswahl von Interviews, die im Rahmen eines größeren Projektes der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) über das „politische Profil und die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone“ in der ersten Hälfte der siebziger Jahre von den Autoren durchgeführt wurden. Da zu dieser Zeit viele in der DDR befindliche Quellen für die westdeutsche Forschung unerreichbar waren, ging es neben der Erschließung von traditionellem Schriftgut vor allem um die Befragung von Zeitzeugen. Auf der Suche nach weiterführenden Quellen bot sich die Möglichkeit, damals wohl oft schon im letzten Augenblick, Mitglieder der SPD bzw. Funktionäre der mittleren und unteren Ebene aus der ehemaligen SBZ zu interviewen. Es war insbesondere diese Funktionärschicht, die entscheidenden Anteil am parteipolitischen und verwaltungsmäßigen Aufbau der SBZ hatte. Und es war dann eben diese tragende Funktionärschicht, die man nach der Vereinigung von SPD und KPD zur SED im April 1946 bald ausschaltete. Die dadurch auch ermöglichte Isolierung von ehemaliger Führung und Basis

erschwerte und verhinderte letztlich den Zusammenhalt von Sozialdemokraten in der neu gebildeten SED, was mit dazu beitrug, daß die in den späten vierziger Jahren eingeleitete Entwicklung der SED hin zur „Partei neuen Typus“ schneller gelingen konnte.

Vergegenwärtigt man sich Geschichte und politische Situation in den beiden deutschen Staaten während der vergangenen Jahrzehnte, so liegt es auf der Hand, daß es sich bei dem Projekt der FES nicht um eine systematische Erfassung und dementsprechende Befragung handeln konnte. Das bedeutete, daß mit einer Ausnahme nur solche Personen befragt werden konnten, die in der Bundesrepublik lebten oder leben, was wiederum das Schicksal von Flucht, politischer Verfolgung, Verhaftung und langjähriger Freiheitsstrafe mit anschließender Obersiedlung in die Bundesrepublik einschloß. Das schränkte naturgemäß den in Frage kommenden Personenkreis ein bzw. machte eine systematische Erfassung unmöglich. Angesichts traumatischer Erfahrungen, notwendiger Rücksichtnahme auf Freunde und Verwandte in der DDR sowie verbreiteter Resignation über die Spaltung Deutschlands war ein Zugang zu potentiellen Gesprächspartnern schwer und meist nur durch persönliche Empfehlung möglich.

Nicht verschwiegen werden sollte in diesem Zusammenhang, daß viele der Betroffenen sich zeitweise in der westdeutschen Gesellschaft isoliert vorkommen mußten, in der es nicht selten - auch in der eigenen Partei - am Verständnis für die Besonderheiten dieser - auch als sozialdemokratische zu begreifenden - Schicksale mangelte. Unkenntnis über die historischen Vorgänge sind nur ein Grund, mangelnde persönliche Betroffenheit naturgemäß ein anderer. Hinzu kommt vermutlich, daß viele Mitbürger - auch politisch Engagierte und Handelnde - während der beginnenden und dann zeitweilig intensivierten Ost-West-Entspannung nicht immer wieder an die Vergangenheit, an alte Schlachten und kaum verheilte Wunden erinnert werden mochten. Für die Betroffenen wog dies schwer, auch wenn sie individuell auf Hilfe und Solidarität rechnen konnten.

Diese Umstände mußten bei der Durchführung von Interviews bedacht und sollten bei der Lektüre nicht außer acht gelassen werden. Daß mit der Eingrenzung des befragten Personenkreises auch thematische Schwerpunkte bei den Interviews verbunden sind, scheint selbstverständlich, sollte jedoch angesichts neuerer Entwicklungen zumindest erwähnt werden. Im Vordergrund des Interesses standen im Rahmen des Gesamtprojektes der Aufbau der SPD in der SBZ, die Vereinigung von SPD und KPD sowie das Schicksal von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR - soweit das eben von der Bundesrepublik aus gefahrlos zu ermitteln war. Die interviewten Sozialdemokraten standen nicht nur wegen der erlebten Verfolgung manchen Fragen äußerst

kritisch gegenüber. Wenn man die entschlossene Gegnerschaft einerseits und die bisherige DDR-Verherrlichung auf der anderen Seite betrachtet, so bleibt uns immer noch das Schicksal von vielen Sozialdemokraten in der DDR weitgehend unbekannt, die aus unterschiedlichen Gründen in der SED geblieben sind und auch nicht in die Bundesrepublik übersiedelten.

Vergleicht man andererseits die Interviewprotokolle mit den bislang bekannten Ergebnissen der Forschung, so sind sie eine bemerkenswerte ergänzende Quelle. Sie bieten, wie auch die vorgelegte Auswahl zeigt, ein plastisches Bild der Nachkriegssituation und des Wiederbeginns des politischen Lebens, der Sorgen und Nöte und vor allem der Vielschichtigkeit der Motive für politische Entscheidungen. Diese Vielschichtigkeit macht schließlich auch deutlich, daß es schwierig ist, ein Pauschalurteil über die Frage der Vereinigung von SPD und KPD zu fällen. Für die Zeitgenossen, die ja die weitere Entwicklung noch nicht kennen konnten, stellte sich die Situation häufig komplizierter dar, zumal unter den Bedingungen für politisches Handeln in der SBZ, d. h. unter der ständigen Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD).

Über das Genannte hinaus war bei der Durchführung der Interviews zu bedenken, und es bleibt bei der Lektüre zu beachten, daß sie aus vielerlei Gründen Fehlinformationen enthalten können. Das kann einmal daran liegen, daß das Gedächtnis der Befragten getrübt war, was bei der Tatsache, daß die Ereignisse zum Zeitpunkt der Interviews schon bis zu dreißig Jahre zurücklagen und daß die Befragten teilweise schon im hohen Alter standen, normal ist. Zum anderen konnten die interviewten Personen meinen, sich aus irgendwelchen Gründen rechtfertigen zu müssen oder etwas verbergen zu sollen. Ferner konnten bestimmte Ereignisse einfach verdrängt worden sein oder in einer anderen Perspektive gesehen werden.

Zur individuellen Vorbereitung der Interviews wurden Fragebögen verschickt mit der Bitte um Angaben über Alter, Herkunft, Lebenslauf, politischen und beruflichen Werdegang (einschließlich der Zeit vor 1933 und der NS-Zeit), Funktionen und Mitgliedschaft in Organisationen und Parteien vor und nach 1945, Maßregelungen, Verhaftungen, Internierungen, Prozesse, Übersiedlung in den Westen mit anschließender Integration. Mit den darin gemachten Angaben und der Nennung von zahlreichen Funktionsträgern oder einfachen Mitgliedern konnte in Verbindung mit anderen Quellen und Informationen der Versuch gemacht werden, die Interviews von seiten der beiden Interviewer vorzubereiten. Das geschah in der Regel in Form eines nicht zu detaillierten und vor allem variablen Fragenkatalogs. Dabei stellte sich meist bald heraus, daß es wichtiger war, sich psychologisch und menschlich-individuell auf die Gesprächspartner einzustellen, als auf Detailfragen vorbereitet zu sein. Die Gefahr, Meinungen zu suggerieren oder Details so abzufragen, daß eine Bestätigung fast

automatisch erfolgte, war groß. Andererseits gelang es häufig schnell, eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre herzustellen, wenn man die Interviewpartner weit ausholen ließ, so daß es meist nur noch wenig gelenkte und nur vorsichtig durch konkrete Fragen strukturierte Erzählungen wurden. Da das Hauptinteresse auf die Frage nach der Vereinigung von SPD und KPD gerichtet war, stand sie - gelegentlich auch zu sehr- im Vordergrund des Interviews, so daß anderes vernachlässigt wurde. Allerdings liegt es angesichts des betroffenen Personenkreises auch auf der Hand, daß dieses politische Ereignis zum folgenreichen politischen Schlüsselerlebnis wurde, das zum Zeitpunkt der Durchführung der Interviews - kurz nach Abschluß der Ostverträge - noch einmal schmerzlich bewußt wurde.

In der Regel dauerten die Gespräche zwischen 1 und 3 Stunden. Sie wurden auf Tonband aufgenommen und in einem ersten Arbeitsgang wortwörtlich abgeschrieben. Danach erfolgte eine redaktionelle Überarbeitung, um eine leichter lesbare Fassung zu erhalten. Dabei wurde so behutsam wie möglich eingegriffen, um den Erzählstil wie auch persönliche und sprachliche Authentizität zu erhalten. Es sollte nicht darum gehen, literarische oder auch nur schriftliche Quellen zu produzieren und die individuellen Lebensberichte stilistisch einander anzugleichen. Das mag manche sprachliche Holprigkeit erklären, soll aber zugunsten von lebendigem Sprachstil in Kauf genommen werden. Die auf diese Weise redigierten Protokolle wurden den Interviewpartnern zur Korrektur und Genehmigung zugesandt. Abgesehen von stets berücksichtigten sachlichen Korrekturen, entstand dabei allerdings die Gefahr von Veränderungen im Sinn von literarischen Ambitionen oder zu starker Nachkorrektur.

Auch die in dieser Dokumentation abgedruckten Interviewprotokolle wurden in dieser Weise überarbeitet. Aus Gründen des Datenschutzes werden die Namen der Interviewpartner nicht vollständig genannt. Auch in den Texten selbst wurden kenntlich gemachte Auslassungen bzw. Kürzungen vorgenommen. Sie beziehen sich auf Namensnennungen, sofern es nicht um allgemein bekannte Persönlichkeiten der Zeitgeschichte geht. Gekürzt wurden darüber hinaus manche Passagen mit Erzählungen, die dem Leser nur durch aufwendige editorische Erläuterungen und Hinweise zugänglich und verständlich gemacht werden könnten. Eine in diesem Sinn wissenschaftlich aufbereitete und kommentierte Edition ist jedoch nicht das Hauptanliegen dieser Veröffentlichung. Für Fachwissenschaftler sind die vollständigen Protokolle im Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung) zugänglich. Zum besseren Verständnis werden den jeweiligen Dokumenten knappe Lebensläufe vorangestellt, die Anmerkungen werden hingegen auf das für das Verständnis Notwendigste beschränkt, denn die Berichte können und sollen einerseits für sich selbst sprechen

und andererseits dazu anregen, sich mit der zweifellos komplizierten historischen Materie ausführlicher zu beschäftigen.

Von den etwa 150 durchgeführten Interviews konnten nur wenige für die Veröffentlichung ausgewählt werden. Diese Auswahl geschah in dem Bewußtsein, daß sie - wie das gesamte Befragungsprojekt - nicht repräsentativ sein kann. Dies bezieht sich nicht nur auf die genannten Einschränkungen hinsichtlich des befragten Personenkreises und der für ihn charakteristischen politischen Haltung, wodurch konträre Positionen ausgeblendet sein mögen, sondern auch auf Fragen wie Alter, Geschlecht, regionale Schwerpunkte und Beruf sowie politische Funktionen. Dennoch sind die abgedruckten Interviews Beispiele für die Vielfalt und Vielschichtigkeit des politischen Wiederbeginns der Jahre nach 1945 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Die unterschiedlichen individuellen Lebensbedingungen und Erfahrungen zeigen jedoch auch, daß es trotz notwendiger Differenzierungen doch auch "typische" sozialdemokratische Schicksale waren. Damit sind sie Bestandteil einer Geschichte der Sozialdemokratie in einer Zeit und Region, die es noch viel intensiver zu erforschen gilt.

Die Dokumentation will kein Beitrag sein zu der sich etablierenden Disziplin der „Oral History“; diese ist eine Methode der Zeitgeschichtsforschung mit dem Aussagewert einer „erinnerten Geschichte“, d. h. es handelt sich in zentralen Aspekten um mündlich überlieferte Lebensgeschichte als Version eines einzelnen, um „subjektiv betrachtete Vergangenheit, vom Standpunkt der Gegenwart aus interpretierte, innere und äußere Erlebnisgeschichte, Geschichte einer Person in ihren unzähligen und wechselnden Verflechtungen mit ihrer sozialen, sachlichen und ideellen Umwelt“ (Lothar Steinbach, Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXVIII, 1988, S. 547). Diese Form der Geschichte beansprucht deshalb nicht, von verallgemeinerungsfähiger Aussagekraft zu sein, aber sie ergänzt andere Quellen und regt zu weiteren Fragen an. Es geht weder um die nachträgliche Herstellung von empirischem Material noch um nachträgliche Meinungsbefragungen. Obwohl die vorgelegten Protokolle aus den genannten Gründen keine „objektive“ Erinnerung sein können, sind sie dennoch subjektive Wahrheit.

Nur in einem der veröffentlichten Interviews werden Vorgänge aus dem Berliner Führungsgremium der ostzonalen SPD, dem sogenannten Zentralaussschuß (ZA), aus der Sicht des damaligen Mitarbeiters S. F. (Dok.1) erzählt. Nur mit Scheu wird auch nach dreißig Jahren offen bekannt, für die Vereinigung von SPD und KPD gewesen zu sein. Einprägsam wird auf die Mehrdeutigkeit der Situation von 1945 verwiesen

und auf die Tatsache, daß die damalige Vielschichtigkeit der Entscheidung heute verdrängt wird. Die Ausführungen sind gekennzeichnet von dem Bemühen um eine positive Charakterisierung der sehr unterschiedlichen ZA-Mitglieder als Männer, die mit einem "Glauben" angetreten seien. Dazu gehörten Erfahrungen wie auch Verbindungen aus den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur, aber auch der sozialdemokratische Idealismus, wie er im Prager Manifest und später im Buchenwalder Manifest zum Ausdruck gekommen sei. (Auf den politischen Zusammenhang einzelner Bemerkungen wird weiter unten eingegangen.) S. F. macht deutlich, daß auch viele alte Sozialdemokraten im Prinzip eine Einheitspartei gewollt hätten, so daß gerade hier viel Verständnis für die Befürworter der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien artikuliert wird. Ebenso, daß es von Berlin aus schwer gewesen sei, genau einzuschätzen, wie hoch der Prozentsatz von Befürwortern dieser Vereinigung wirklich sein mochte. Als Gründe werden nicht nur zeitbedingte Kommunikationsprobleme und Informationsdefizite wegen der Zensur, Behinderung durch die sowjetischen Militärbehörden oder deutsche Kommunisten genannt, sondern auch die Tatsache, daß es außerhalb Berlins kaum "theoretische" Diskussionen gegeben habe; viele Sozialdemokraten seien mit der sich überstürzenden Situation einfach überfordert gewesen. Ebenso wichtig ist die Feststellung, daß die Organisation der SPD in der SBZ nicht vom Berliner ZA aus aufgebaut wurde, sondern dezentral in den Ländern. Entsprechend groß war das politische Gewicht der Landesvorsitzenden, das sie bei der Vereinigung in die Waagschale werfen konnten. Offen wird auch die in zahlreichen Interviews auftauchende Frage von Korruption und Korrumpierung angesprochen, die häufig genug auf einer findigen Ausnutzung menschlicher Schwächen basierten oder von da ihren Ausgang nahmen. Nicht vergessen werden schließlich die Schwierigkeiten, die im Rahmen der bei der SED-Gründung vorgesehenen Parität von Sozialdemokraten und Kommunisten sogleich einsetzten, so daß Vertrauen gar nicht erst entstand oder bald schwand. Ebenso rasch schwand das, was besonders charakteristisch für die Haltung nicht weniger Sozialdemokraten kurz vor und kurz nach der Vereinigung war. Es war dies der Glaube an die eigene zahlenmäßige Überlegenheit, wobei leider allzuleicht Macht und Einfluß der Besatzungsmacht übersehen worden seien.

Mehrere Interviewpartner (Dok. 2, 3, 4) stammten aus Magdeburg oder waren nach 1945 dort tätig. Die Tatsache, daß es sich hierbei um eine alte Hochburg der Sozialdemokratie handelte, spiegeln die Protokolle wider. Mit Nachdruck wird darauf verwiesen, daß der Zusammenhalt zwischen den Sozialdemokraten während der NS-Zeit erstaunlich eng geblieben sei. Dieser Zusammenhalt war die Basis für den politischen Wiederbeginn. Man konnte und wollte vertrauensvoll auf diese

"alten" Leute zurückgreifen. Dabei wird auch betont, daß man dezidiert sozialdemokratisch", d. h. anti-kommunistisch gewesen sei. Das hieß dann etwa die Ablehnung einer Mitarbeit in den sogenannten Antifa-Ausschüssen, die nach der Ansicht von D. R. (Dok. 3) allzusehr von den Sowjets und den Kommunisten forciert worden seien. Dennoch will er die Bedeutung der Antifas und ihre Funktion nicht leugnen, waren sie doch auch für in der damaligen Zeit so wichtige Fragen wie Versorgung zuständig. Fragt man nach dem Verhältnis zu den Sowjets oder den Kommunisten, so hängt dessen Einschätzung entscheidend von den persönlichen Erfahrungen und denen in der unmittelbaren Umgebung ab. Der selbstbewußte Sozialdemokrat S. G. (Dok. 2) kritisierte die Zurücksetzung der eigenen Parteifreunde und den strategischen Einsatz von Kommunisten in wichtigen Verwaltungsfunktionen (etwa der Polizei); aber die Sozialdemokraten seien gegen die Ausschaltung von Parteifreunden (hier das Beispiel Willi Brundert) letztlich machtlos geblieben. Nicht selten wird von den Sozialdemokraten gesagt, sie seien zu naiv gewesen und hätten "das Spiel der Russen" meist zu spät durchschaut. Sie hätten darüber hinaus nur wenig Interesse an irgendeiner Form von "Theoriediskussion" gehabt, sie hätten Pragmatismus für das zentrale Erfordernis gehalten. Man habe nur die alten Traditionen fortsetzen wollen, zumal es dort, wo man sich gut kannte und zueinander Vertrauen gehabt habe, keine Reibungsverluste gegeben habe. Das besagt auch, daß man zu Andersdenkenden - nicht nur den Kommunisten, sondern auch dem späteren SPD-Vorsitzenden Bruno Böttge - kein Vertrauen gehabt habe. Wenn man in diesem Magdeburger Umfeld von „Sozialismus" gesprochen habe, so sei nie von etwas anderem als dem "demokratischen Sozialismus" die Rede gewesen, sogenannte "Linksgruppen" seien ausgeklammert geblieben. In diesen Kontext gehören auch der unerfüllte Wunsch dieser Sozialdemokraten, die Landesregierung von Sachsen-Anhalt nach Magdeburg zu holen und die alten Gegensätze zwischen dem "rechten" Magdeburg und dem "linken" Halle. Bei den Schilderungen über die Anknüpfung an alte Traditionen war es fast selbstverständlich, daß dies sich auch auf die Organisationsstruktur der Partei bezog, auf die Wiederherstellung der alten Parteistrukturen von vor 1933. Folgt man den vorliegenden Aussagen, so gab es schon bald - möglicherweise jedoch nur rein persönliche - Kontakte sowohl zu Kurt Schumacher bzw. dem Büro Dr. Schumacher in Hannover als auch zum ZA in Berlin. Obwohl der ZA als organisatorische Spitze der ostzonalen SPD akzeptiert wurde, enthalten die vorliegenden Aussagen doch auch kritische Bemerkungen über einzelne ZA-Mitglieder. Im Hinblick auf die Vereinigung ging man einerseits davon aus, daß Otto Grotewohl ebenso unter Druck stand wie die Sozialdemokraten insgesamt und daß man diesem Druck eben nachgab. D. R. (Dok. 3) schildert die durch ein persönliches Gespräch mit Schumacher gewonnene

Auffassung, daß es besser sei, die Partei aufzulösen, als der Vereinigung von SPD und KPD zuzustimmen. Obwohl er der Haltung Schumachers grundsätzlich beipflichtete, folgten dem doch auch Überlegungen, warum man habe bleiben und bis zu einem gewissen Grad auch mitmachen sollen, warum viele geblieben seien. Einer der Gründe, die in zahlreichen Interviews immer wieder genannt wurden, war die Hoffnung auf Wiedervereinigung. Gleichzeitig wird schon früh von einer gewissen Verunsicherung berichtet, von einem inneren Zwiespalt, weil man nicht offen gegen die Vereinigung der Parteien hätte sein können. Hinzu kam die Beobachtung, daß die Bevölkerung in der Frage der Vereinigung sich vorwiegend indifferent verhalten habe, nicht zuletzt, weil man mit der sowjetischen Besatzungsmacht nichts zu tun haben wollte.

Das Verhalten dieser Sozialdemokraten aus Magdeburg führte in einem Fall zur Flucht in den Westen schon im Februar 1946, also noch vor der Vereinigung. In Hannover war es D. R., der das sogenannte Ostbüro der SPD als Flüchtlingsanlaufstelle aufbaute. Anders gelagert sind Erinnerung und Erfahrung von M. H. (Dok. 4), der erst im Oktober 1945 Kontakt mit der Partei aufnahm, weil er zunächst in russischer Gefangenschaft war. Der anschaulich geschilderte Heimweg (in diesem Fall Rücktransport von Rumänien) gehört zu den Charakteristika auch anderer Interviews, waren doch Erlebnisse und Lebensumstände bei Kriegsende von entscheidender Bedeutung auch für die Beteiligung an der unmittelbar bei Kriegsende auf allen Ebenen einsetzenden Aufbauarbeit. M. H. schildert, wie schwierig es war, eine sozialdemokratische Zeitung zu gestalten. Es wird deutlich, wie weit die Eingriffe der Besatzungsmacht gingen, nicht nur bei der Zensur, sondern vor allem bei der Personalpolitik; nicht genehme Leute wurden abgesetzt und durch andere - vermeintlich oder tatsächlich willfährigere - ersetzt. In diesem Fall übernahm M. H. nach der Vereinigung eine Funktion im Bezirkssekretariat (Abteilung Propaganda), wo ihm ständige Bespitzelungen das Leben erschwerten. Um aus der „Schußlinie" zu geraten, wurde er an die SED-Parteihochschule "Karl-Marx" in Klein-Machnow geschickt, wo er Leiter der Lehrmittelabteilung wurde. Diesen Ausführungen über die Frühzeit dieser Institution folgen die Schilderungen der Flucht in den Westen, der Probleme, von der Partei im Westen "anerkannt" zu werden, weil man als jemand gegolten habe, der "mitgemacht" habe, der Verhaftung in Ost-Berlin mit anschließendem Transport in die Sowjetunion, Überstellung ins Zuchthaus Bautzen und schließlich des Freikaufs durch die Bundesrepublik.

Ebenfalls aus der Provinz Sachsen bzw. dem späteren Land Sachsen-Anhalt stammt die Schilderung von D. F. (Dok. 5) über die Situation in Weißenfels an der Saale und Merseburg.

Mit großer Offenheit wird von Überlegungen bei Kriegsende unter alten Parteifreunden erzählt, was zu tun sei. Im Gegensatz zu anderen Erfahrungen berichtet D. F. von der Suche nach einer breiten antifaschistischen Front, von dem Wunsch, "Weimarer Erfahrungen" zu verarbeiten, könne man sich doch den "Luxus eines mörderischen Bruderkampfes" nicht mehr leisten. Weißenfels war zunächst amerikanisch besetzt; da man sich wegen der eigenen illegalen Tätigkeit während der NS-Diktatur für hinreichend legitimiert hielt, politisch aktiv zu werden, empfand man die Zurückweisung durch die Amerikaner als so deprimierend, daß der Besatzungswechsel vom Juli 1945 nicht von vornherein als Unglück erschien. Erst danach begannen eine systematische Umorganisation der Verwaltung und die Diskussion über die Einheitspartei, wobei man von den Vorgängen in Berlin erst später erfuhr. D. F. vertritt die Meinung, die Auffassungen in der Sozialdemokratie seien in dieser Frage nicht einheitlich gewesen, aber viele Sozialdemokraten wollten im nachhinein den Einheitsgedanken von damals nicht mehr wahrhaben. Nicht nur er habe für diesen historischen Irrtum bitter bezahlen müssen, wohl auch, weil man die „Macht der Bajonette“ unterschätzt habe. Da D. F. schon bald Vizepräsident des Verwaltungsbezirks Merseburg wurde, enthält das Interview neben Schilderungen über den parteipolitischen Aufbau Details über die Verwaltungsarbeit, zu der wichtige Wirtschaftsdezernate (Versorgung, Reparationen, Demontage) gehörten, über Betriebe und den Aufbau der Mittelinstanzen sowie über die Durchführung der Bodenreform. Ebenso anschaulich ist die Charakterisierung der Zusammenarbeit mit der SMA, insbesondere mit General Kotikow, der als kluge und starke Persönlichkeit beschrieben wird. Nachdrücklich wird jedoch darauf verwiesen, daß die Sozialdemokraten in den Ländern einem sehr viel stärkeren Druck durch die Besatzungsmacht ausgesetzt waren als in Berlin. Vor seiner Verhaftung 1948 (Entlassung 1955) wurde D. F. noch in die Landesforstverwaltung versetzt. Im Hinblick auf den Zusammenhalt der Sozialdemokraten untereinander nach der Vereinigung meint er, dies sei keine illegale Gruppenbildung gewesen, vielmehr die lose Verbindung von Menschen untereinander, die immer wieder überlegten, wie lange Sozialdemokraten sich überhaupt unter den gegebenen Bedingungen würden halten können.

In dem Bericht von W. A. (Dok. 6) aus Halle stehen die Gewerkschaften bzw. der frühe Gewerkschaftsaufbau im Vordergrund. Auch hier wird der Zusammenhalt mit den alten politischen Freunden betont, so daß schon sehr früh die Gewerkschaften mit SPD-Mitgliedern besetzt gewesen, daß Gewerkschaften und SPD praktisch identisch gewesen seien. Dies wiederum war nach Ansicht von W. A. die Basis für alle weiteren Überlegungen. Als Angehöriger der jüngeren Generation sei er gegen die Zersplitterung der Arbeiterbewegung gewesen, aber es schien selbstverständlich,

daß die SPD die Führung bei einer Vereinigung übernehmen werde. Und wieder muß man lesen, daß bei der Hoffnung auf eine solche Mehrheit „die Bajonette im Hintergrund“ nur allzu leicht in Vergessenheit gerieten. Hinzu kam die Erfahrung, daß viele Kommunisten von der praktischen Arbeit "keine Ahnung" zu haben schienen; sie wurden von der Besatzungsmacht eingesetzt, die konkrete Aufbauarbeit leisteten hingegen andere, d. h. vor allem Sozialdemokraten. Anfangs sei die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten noch nicht einmal schlecht gewesen. Den Umschwung sieht W. A. erst 1948, vorher sei eigentlich nur Flexibilität nötig gewesen. Wer die jedoch nicht aufgebracht habe, sei allerdings "abserviert" worden. In seinem Fall war sie bis zu einem gewissen Grad vorhanden, sonst wäre W. A. gewiß nicht 2. Landesvorsitzender der Gewerkschaft gewesen, nicht im Bezirksausschuß der Partei, Mitglied des Landtags und 1948 Landtagspräsident von Sachsen-Anhalt. Von diesen Positionen aus werden interessante Einblicke gewährt und Menschen beurteilt, mit denen er zu tun hatte, etwa Ulbricht und Grotewohl; vor allem jedoch geht es um Sowjetische Aktiengesellschaften, Enteignungen, Betriebsformen, die Vorgänge um Willi Brundert (später Oberbürgermeister von Frankfurt a. M.) und nicht zuletzt um die Bodenreform. Sicherlich ist auch die Feststellung wichtig, daß ihm während und nach der Vereinigung nie der Gedanke gekommen sei, sich aus der Politik zurückzuziehen; er habe es als Selbstverpflichtung verstanden, sich am Wiederaufbau Deutschlands zu beteiligen, wozu man Einfluß habe behalten müssen.

Ein ganz anderes Beispiel ist P. H. (Dok. 7) aus Klostermansfeld, einem kleinen Ort in Sachsen-Anhalt. Er ist ein Vertreter der 1945 als noch jung zu bezeichnenden Generation, der die politischen Vorgänge dieser Zeit als „einfaches“ Parteimitglied erlebte und dementsprechend schilderte, auch wenn die nachträglichen Einschätzungen nicht zu übersehen sind. Die politische Prägung als Sozialdemokrat stammt aus dem Elternhaus, und geschildert wird ein kleiner Ort mit vor 1933 relativ vielen Kommunisten, so daß es 1945 sowohl einen Kern alter Sozialdemokraten wie auch einen aus Kommunisten gegeben habe. Der Vater wurde noch von den Amerikanern, die mit dem Aufbau der Verwaltung begannen, zum Amtsvorsteher bestellt. Mit dem Besatzungswechsel sei eine starke Politisierung eingetreten, die sich zunächst bei der Besetzung von Posten bemerkbar gemacht habe. Was letztlich hinter den Kontroversen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gestanden habe, sei ihm unbekannt gewesen, und bis zur Bodenreform habe man einigermassen gut zusammengearbeitet. Zwar sei die KPD auch dort von der SMA bevorzugt worden, aber die SPD bzw. die Sozialdemokraten seien als Antifaschisten akzeptiert worden. Wenn P. H. an die Zeit zurückdenkt, so spricht er auch von der damaligen kontroversen

„Sozialismuskommunikation“ zwischen der älteren und jüngeren Generation. Nach seiner Erinnerung neigten die Angehörigen der jüngeren Generation eher dazu, nicht mit den Kommunisten zusammenzugehen zu wollen. Ihm sei die Diskussion wie ein Stück Vergangenheitsbewältigung vorgekommen, von der man nur mittelbar betroffen gewesen sei. Die Vereinigung von SPD und KPD selbst wird als ein sehr feierlicher - auf Emotionalität hin angelegter - Vorgang beschrieben. Bei manchen Sozialdemokraten hätten Reaktionen erst in dem Augenblick eingesetzt, als sie ihre Mitgliedsbücher zurückgeben sollten. Für die Zeit nach der Vereinigung bis zur Verhaftung im Jahr 1948 enthält dieses Interview dann Schilderungen über die Tätigkeit als hauptamtlicher Jugendsekretär, über die FDJ-Gründung, die längst vorbereitet gewesen sei, so daß entsprechende sozialdemokratische Einwirkungsversuche nur wie Dilettantismus wirken konnten, und schließlich noch über die sogenannte Arbeiter- und Bauernfakultät in Leipzig.

Auf sozialdemokratische Hochburgen im damaligen Land Sachsen beziehen sich mehrere (Dok. 8, 9,10,11) der abgedruckten Protokolle. Da ist zunächst T S. (Dok. 8) aus Leipzig, der auch nach seiner Haftentlassung in der DDR geblieben ist. In ungebrochenem Selbstbewußtsein werden Tätigkeit und Wollen eines sozialdemokratischen Funktionärs in einer „sozialdemokratischen“ Stadt geschildert. Die Erzählungen über die Zeit vor 1945 machen deutlich, daß der eigene Antifaschismus eine wichtige Quelle für das Selbstbewußtsein sowohl gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht wie dann gegenüber den Sowjets gewesen ist. Entschieden ablehnend war die - oft an Personen festgemachte - Haltung gegenüber den Kommunisten und einer vereinigten Arbeiterpartei, allerdings auch gegenüber dem neu geschaffenen SPD-Landesvorstand in Dresden. Den gab es im Rahmen der früheren sozialdemokratischen Parteistruktur, die nur Bezirke kannte, nicht, und diese Ablehnung richtete sich nicht nur gegen die Einrichtung als solche, sondern in hohem Maße auch gegen den Landesvorsitzenden, den früheren Linkssozialisten Otto Buchwitz, der einer der prominentesten und dann auch konsequentesten sozialdemokratischen Befürworter einer Vereinigung der beiden Arbeiterparteien war. Um seine Person, seine Haltung und Politik drehen sich viele Äußerungen in den Interviews. Darüber hinaus wird in dem vorliegenden Interview auch eine gewisse Skepsis und Distanz gegenüber dem Berliner ZA deutlich, die bis zur Ablehnung dessen reichte, was damals als sogenannte Ostrichtung diskutiert wurde.

Abgesehen von ausführlichen Schilderungen über Menschen, erfährt der Leser einiges über Finanzen, die Bodenreform, von der man annahm, daß mit der Schaffung sogenannter Neubauernstellen ein Reservoir für die KPD geschaffen wurde, über die sogenannte Konferenz der 3.000 in Dresden, über die Stimmung in der

Bevölkerung und über eigene Versuche, dem sowjetischen Druck auszuweichen. T S. bedauert in diesem Zusammenhang die als „hart“ empfundene Haltung Kurt Schumachers, habe diese doch möglicherweise manchem Sozialdemokraten in der Sowjetischen Zone „das Rückgrat gebrochen“. Bei den Schilderungen über die Erlebnisse beim Vereinigungsparteitag fällt die Äußerung auf, daß man die Vereinigung habe „platzen“ lassen wollen. Genannt werden schließlich die für viele Sozialdemokraten charakteristischen - Gründe, weiter mitzumachen, obwohl man ein offener Vereinigungsgegner war. Für die weitere Entwicklung -fast- ebenso typisch wirken Erzählungen, wie die Sekretariate in Leipzig von der SED übernommen wurden, wie die Probleme mit der Parität zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zunahmen, so daß immer mehr Sozialdemokraten in die Verwaltung „abwanderten“. Dem folgten ständige Auseinandersetzungen mit der SED, die Auflösung der Bezirksorganisationen, die Säuberung des Landessekretariats und die immer offenkundiger werdende Ausschaltung der Sozialdemokraten. Im Hintergrund dieser Entwicklung stand jedoch auch die gelegentlich aufflackernde Diskussion über eine Wiedezulassung der SPD und die bis in die sechziger Jahre reichende vage Hoffnung auf die Wiedervereinigung.

Aus der sächsischen Landeshauptstadt Dresden stammt der Bericht von A. W. (Dok. 9), ehemaliger Unterbezirkssekretar von Dresden, der dann für kurze Zeit dem Landesvorstand der SED angehörte. Er verstand sich als Angehöriger der mittleren Generation, der stark geprägt war vom Zusammenhalt der Sozialdemokraten in Sachsen in der NS-Zeit. Dies wiederum war 1945 der Ausgangspunkt für den Aufbau der Partei. Es habe die Prämisse gegeben, daß es nie wieder eine gesplante Arbeiterpartei geben solle, eine Vorstellung, die von den drückenden Alltagssorgen, vor allem jedoch von der sozialdemokratischen Geschichte geprägt gewesen sei. Die Zusammenarbeit mit Kommunisten wird als unerfreulich beschrieben, und zur SMA sei er freiwillig nie gegangen. Kritisch ist auch hier die Einstellung gegenüber dem Landesvorsitzenden Otto Buchwitz, über den die Verbindungen nach Berlin und zum ZA gelaufen seien. Aber obwohl man sich von Kommunisten und einheitswilligen Sozialdemokraten, die etwa auch die Konferenz der Dreitausend in Dresden (in die man viele Neulehrer und ganze Betriebe geschickt habe) majorisiert hätten, bedrängt gefühlt habe, seien immer noch die Hoffnung und der Glaube geblieben, bei einer Vereinigung der Parteien würden sich die Dinge ändern. Als Hauptgrund für die weitere Mitarbeit nach der Vereinigung und für seine SED-Mitgliedschaft führt A. W. an, er habe nicht einfach weglaufen wollen. Das Interview enthält darüber hinaus interessante Ausführungen über die Arbeiterhochschule Reinsberg-Bieberstein, in deren Keller man wertvolle Gemälde vermauerte, um sie der Beschlagnahme zu

entziehen. A. W. wurde schließlich zum Geschäftsführer der landwirtschaftlichen Vieh-Zentralgenossenschaft ernannt mit dem Auftrag, sie zu sanieren. Wegen angeblicher Unterschlagungen wurde er verhaftet. Es folgen eindrucksvolle Schilderungen über den anschließenden Transport in die Sowjetunion, das Lagerleben in Workuta und schließlich die Freilassung im Gefolge des Besuches von Adenauer 1955 in Moskau.

Nur eine kurze Zeitspanne umfaßt sodann der Bericht von H. H. (Dok.10), dem ehemaligen Bürgermeister der sächsischen Industriestadt Chemnitz. Als Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) war er im Februar 1945 von den Russen mit dem Fallschirm in Deutschland abgesetzt worden, war aber von vornherein entschlossen, den damit verbundenen Auftrag nicht durchzuführen. Er konnte sofort Kontakt mit politischen Freunden in Chemnitz aufnehmen, so daß auch hier die Organisation auf der Basis der alten Mitglieder aufgebaut wurde, die mit einem bekannten und vergleichbaren Erfahrungshintergrund sich gegenseitig für zuverlässig hielten. Dies wird besonders betont, weil man sich ja gegebenenfalls gegenseitig habe absichern wollen. Dem dienten vor allem enge persönliche Kontakte nach Dresden, Leipzig und vor allem zu den Sozialdemokraten in Magdeburg, wo H. H. die NS-Zeit verbracht hatte. Wie die Magdeburger Sozialdemokraten war er strikt gegen die Vereinigung von SPD und KPD und skeptisch gegenüber dem KP-Aufruf vom Sommer 1945, dessen bürgerlich-demokratischer Inhalt im Vergleich mit der früheren Politik der Kommunisten und ihrem parteipolitischen Verhalten nach 1945 wenig glaubwürdig gewesen sei. Auch die Verbindung nach Berlin zum ZA habe auf ausschließlich persönlichen Kontakten beruht; dort habe sich alles um die Frage der Verschmelzung gedreht; dennoch sei als vage eigene Zielvorstellung ein „Zurück zur Demokratie“ vorhanden gewesen. Aufgrund eigener Erfahrungen in Chemnitz sei ihm bald klar gewesen, daß die Vereinigung der beiden Parteien kommen werde, wenn die Sowjets sie wollten. Für den Fall habe es den Plan gegeben, die Partei aufzulösen, aber zu dem Zeitpunkt seien die Sozialdemokraten untereinander schon nicht mehr einig gewesen. Besonders schwierig sei die Lage geworden, als sich abzeichnete, daß die SPD mehr Zulauf hatte als die KPD, nicht zuletzt wegen der Nähe der KPD zur Besatzungsmacht. Erwähnenswert ist schließlich die Aussage, daß viele Sozialdemokraten im Prinzip für eine Bodenreform gewesen seien, daß sie jedoch die Art und Weise ihrer Durchführung abgelehnt hätten. Eher kurios wirkt jedoch die Schilderung über einen - abgelehnten - Antrag, das Frauenwahlrecht abzuschaffen, weil es in hohem Maße Frauen gewesen seien, die Hitler mit zur Macht verholfen und ihn unterstützt hätten. Während in anderen Interviews die Meinung geäußert wird, daß der Druck in Richtung Vereinigung schon früh einsetzte, sei er

hier, d. h. in Chemnitz, erst im Februar/März 1946 spürbar geworden. Am Tag nach der Vereinigung verließ H. H. Chemnitz.

Besonders farbig ist die Erzählung von P. W. (Dok.11) über die Vorgänge in dem 800-1.000 Einwohner zählenden Dorf Friedersdorf (Kreis Dippoldiswalde), das zum Unterbezirk Freital/Sachsen gehörte. Die frühere Tätigkeit im Polizeidienst und die Jahre 1933-1945 gehören zum wichtigen Rahmen des Interviews, dem sich eine detaillierte Schilderung des Einmarsches der sowjetischen Truppen in diesen Ort anschließt. Nachdem man ihn dann sogleich als Bürgermeister eingesetzt hatte, bildete er einen Antifa-Ausschuß, dem neben Sozialdemokraten ehemalige Nazis, aber keine Kommunisten, angehört haben sollen. Zu den ortsansässigen Bauern kamen zahlreiche Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei hinzu, die sich vorwiegend den Kommunisten angeschlossen hätten. In diesem Zusammenhang wird von den Enteignungen und der Bodenreform berichtet, von der nicht zuletzt die Flüchtlinge profitiert hätten. Besonders interessant sind die Begründungen für die eigene Organisationsarbeit. P. W. gibt an, früher Vorsitzender des Soldatenrates in Meerane gewesen zu sein und dabei seine Organisationsfähigkeit unter Beweis gestellt zu haben. Aufgrund dieser Erfahrung sei er der Meinung gewesen, daß es in der Situation von 1945 vor allem darauf angekommen sei, Ruhe und Ordnung zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Ebenso wichtig sei es gewesen, die in dem kleinen Ort zahlreichen ehemaligen Nationalsozialisten einzubinden und nicht außerhalb der Partei zu lassen. Neben den Erinnerungen an den Freitaler Parteitag der SPD, die Vereinigung in Dresden mit dem Hinweis auf die emotionale Einrahmung durch Beethoven-Musik und die eigene Tätigkeit als Sekretär für Kommunalpolitik nach der Vereinigung werden auch hier wichtige Gründe von zahlreichen Sozialdemokraten für das Verbleiben und weitere „Mitmachen“ genannt: Angst vor einer umfassenden Bedrohung und das daraus resultierende Stillhalten sowie der verbreitete Glaube, die Besatzungsherrschaft werde nicht allzu lange dauern.

Viele der bisher genannten Erfahrungen und Argumente wiederholen sich trotz regionaler und individueller Besonderheiten in den anderen Interviews. Dies bezieht sich auch auf den Bericht von K. E. (Dok.12) über Saalfeld in Thüringen, wo sich zahlreiche Sozialdemokraten um die Familie Kreutzer scharten. Sie war es auch, die in diesem Ort die Kontakte zum Westen hatte. Es waren außerordentlich selbstbewußte Sozialdemokraten, die schon während der kurzen amerikanischen Besatzungszeit mit den Vorarbeiten für eine Parteigründung begonnen hatten. Nach dem Einmarsch der Russen gab es zunächst den Antifa-Ausschuß als Dachorganisation, in der Kommunisten und Sozialdemokraten auf Wunsch oder Befehl der Besatzungsmacht zusammenarbeiteten. Da die Kommunisten alte Saalfelder waren, die man aus der

Zeit von vor 1933 kannte, konnte man nach dieser Aussage in einigen Fragen durchaus zusammenarbeiten. Doch nach und nach hätten die Reibereien zugenommen, der Druck in Richtung Vereinigung von SPD und KPD sei verstärkt worden. Man habe die These vertreten, daß keine Vereinigung von unten vorgenommen werden dürfe, fühlte sich schließlich als selbständige Organisation und wollte erst einmal eine Wahl in Thüringen abwarten, um die reale Stärke der beiden Parteien festzustellen. Dabei spielten das Bewußtsein und Gefühl der eigenen Überlegenheit - in quantitativer wie qualitativer Hinsicht - eine entscheidende Rolle. Das bezieht sich auch auf die Vereinigung. Obwohl die meisten Vereinigungsgegner gewesen seien, seien nur einzelne vorher ausgetreten. Die Mehrheit der Sozialdemokraten in Saalfeld sei der Meinung gewesen, die Kraft der SPD nicht selbst zersplittern zu sollen, um doch noch den Versuch zu wagen, etwas abzuändern. Die Tätigkeit oder Mitarbeit in der SED wird dann als "illegale Arbeit" bezeichnet, deren Hauptziel gewesen sei, die "Befehle etwas menschlicher zu gestalten". Zudem habe Hermann Kreutzer immer gesagt, man habe vom Westen so quasi den "Auftrag", so lange wie möglich in der Zone zu bleiben; nur wenn Unmenschliches verlangt werde, sollten die Konsequenzen gezogen werden. Aber es sei nicht einfach gewesen, einen solchen Schlußpunkt zu setzen, hatte man doch das Vertrauen der sozialdemokratischen Mitglieder zu bedenken, die man nicht im Stich lassen wollte. Erst die Entwicklung zur "Partei neuen Typus" habe die entscheidende Wende gebracht. Bis dahin sei es immer noch möglich gewesen, z. B. in Referaten die eigenen Gedankengänge darzustellen oder in Konferenzen und Versammlungen geschickt zu operieren.

Die beiden letzten Beispiele (Dok.13,14) beziehen sich auf Mecklenburg. Wiederum beginnen die Erzählungen mit den persönlichen Lebensumständen und dem Kriegsende. Vertraut ist zudem die Äußerung von W. H. (Dok.13), daß es die alten Parteimitglieder von vor 1933 waren, die "das Heft in die Hand nahmen", zumal es nur wenig Jugendliche gegeben habe. Da W. H. seit Oktober 1945 dann als Jugendsekretär im Landesvorstand tätig war und in dieser Funktion die FDJ-Gründung miterlebte, führte ihn dies zu der Beobachtung, daß sich die Jugendlichen häufig emotional für eine Partei entschieden hätten, meist aus einer familiären Tradition heraus, wobei viele eher der Sozialdemokratie zugeneigt hätten. Und immer wieder fällt das Argument, daß man das wenig positive Image der Roten Armee nicht unterschätzen dürfe. Aufgrund der Besatzungssituation sollte man nach dieser Ansicht auch nicht von „Zusammenarbeit“ mit der SMA sprechen, habe es sich doch vorwiegend um Befehle gehandelt. Auch von einer Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sei wenig zu spüren gewesen, obwohl es Tendenzen gegeben habe, die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden zu wollen. Im Hintergrund

habe jedoch immer eine selbstbewußte und sich stark wählende Sozialdemokratie gestanden, so daß Vereinigung in ihrem Sinn nur Rückkehr zu den Traditionen der Bebel'schen Sozialdemokratie habe heißen können. Als wichtig für Mecklenburg beschreibt W. H. die Rolle der Flüchtlinge; sie seien häufig die sogenannten "Neukommunisten" gewesen, und sie seien so „neu“ gewesen, daß sie auch noch nie etwas von der sogenannten "Sozialfaschismus-These" (gemeint ist der von den Kommunisten in den 20er und frühen 30er Jahren verwendete Kampfbegriff für die Sozialdemokratie, der eine "Wesensgleichheit" zwischen Sozialdemokratie und Faschismus behauptete) und nichts von den daraus resultierenden Belastungen bzw. deren Überwindung gehört hätten. Sogenannte „Altkommunisten“ seien bald enttäuscht von der Entwicklung gewesen.

Interessant ist, daß zwar viel von Alt- und Neukommunisten die Rede ist, die sogenannte "Initiativgruppe Sobottka" mit ihren Aktivitäten jedoch nicht erwähnt wird. Möglicherweise war - vor allem bei Sozialdemokraten - die Rolle dieser in der Sowjetunion geschulten und auf ihre Aufgaben in Deutschland vorbereiteten Gruppe kommunistischer Funktionäre nicht bekannt. Fehlende Informationen können ein Grund sein, denn auch von den Vorgängen in Berlin erfuhr man wenig, von dem Widerstand der Berliner SPD gegen die Parteienvereinigung habe man gar nichts gewußt. So konzentrierte sich das parteipolitische Augenmerk vorwiegend auf Schwerin, auf den dortigen Landesvorstand, in dem der Vorsitzende Carl Moltmann ein Befürworter der Vereinigung war, wohingegen Hermann Lüdemann, der Landesgeschäftsführer, als sein Gegenspieler strikt dagegen war. Dem folgt der Versuch, Moltmann zu charakterisieren und zu beurteilen, wobei -wie bei anderen Charakterisierungen dieser Art auch - der Vorwurf der "Korruption" fällt. Obwohl viele Moltmanns Meinung nicht geteilt hätten, seien die freundschaftlichen Bande insgesamt doch so fest gewesen, daß man ihm nicht das Mißtrauen habe aussprechen wollen; vielleicht habe man ihn auch nicht ganz erst genommen.

Als entscheidend für die weitere Entwicklung wurden die Beschlüsse der sogenannten Sechziger Konferenz empfunden. Dabei sei die Hoffnung, die SED majorisieren zu können, schnell geschwunden. Für die Zeit nach der Vereinigung von SPD und KPD folgen Schilderungen über die Durchführung der vereinbarten Parität, die Aufstellung als Landtagskandidat sowie Erlebnisse auf der Parteihochschule. Obwohl er keine Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung gehabt habe, habe er doch geglaubt, der "sozialdemokratischen Sache zu dienen, indem man Widerstand leistete". Doch bald blieb nur die Flucht zu Hermann Lüdemann, der schon früher nach Kiel gegangen war.

Auch von Güstrow aus waren S. L. (Dok.14) zufolge Berlin und der ZA weit weg.

Und es ist interessant, sich das Leben der Bevölkerung zu vergegenwärtigen, für die Schwerin der Nabel der Welt gewesen sei. Anders als in anderen Interviews heißt es, die KPD sei relativ stark in Güstrow gewesen, und es habe schon früh Diskussionen über eine Vereinigung der Parteien gegeben. Von einem Hineinwachsen sei jedoch nicht die Rede gewesen, vielmehr sei alles Schlag auf Schlag gekommen. Dabei müsse man bedenken, daß es nur wenig konkrete oder genaue Vorstellungen gegeben habe, weil die meisten Menschen - auch die Sozialdemokraten - die sich überschlagenden Ereignisse nur wenig reflektiert hätten. Darüber hinaus stellte sich die Frage nach den persönlichen Lebenschancen. So ging S. L. nach der Vereinigung nach Thüringen, an die Universität Jena, wo er einen Sonderkurs absolvierte. Gerade diese Schilderungen über die Schiller-Universität, insbesondere über die Aktivitäten von Angehörigen des NKFD, dürften von einigem Interesse sein, zeigen sie doch schlaglichtartig, wie und mit welchen Mitteln die Gesellschaft umstrukturiert werden sollte. Es folgt in diesem Fall 1948 die Verhaftung, die Absolvierung" der Strafe in Bautzen, von wo S. L. erst 1956 entlassen wurde.

Die in den vorstehenden Ausführungen skizzierten Interviews zeigen naturgemäß nur einen subjektiven Ausschnitt einer viel komplexeren Geschichte. Sie können somit nur einigermaßen adäquat eingeordnet werden, wenn im folgenden an diese Geschichte erinnert wird.

Am 8. Mai 1945 hatte das Deutsche Reich kapituliert. Es wurde gemäß den alliierten Vereinbarungen in vier Besatzungszonen eingeteilt, in denen die Besatzungsmächte bzw. die von ihnen eingesetzten Behörden rechtlich und faktisch die obersten Machorgane waren. Mit der Deklaration vom 5. Juni 1945 unterstrichen die vier Alliierten auch die Souveränität einer jeden Siegermacht in ihrer eigenen Zone. Damit war die Grundlage für eine unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Gebieten gegeben.

Denkt man nun an den parteipolitischen Wiederaufbau in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), um den es im folgenden im wesentlichen geht, so war der Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 10. Juni 1945 die formale Grundlage dafür. Er enthielt die Genehmigung zur Bildung von antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone noch vor den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. Bereits drei Tage später, am 13. Juni 1945, veröffentlichte die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) einen auf den 11. Juni datierten Gründungsaufruf, den sechzehn Parteifunktio-

näre im Namen des ZK der KPD unterzeichnet hatten; von diesen Unterzeichnern waren dreizehn erst kurze Zeit vorher aus der Sowjetunion zurückgekehrt.

In dem Aufruf war von der über Deutschland hereingebrochenen „Katastrophe“ die Rede, von der Schuld des Nationalsozialismus, von Schuldigen und Mitschuldigen, wobei die Kommunisten sich selbst mit eingeschlossen sehen wollten. In der Konsequenz sollte es nicht nur um die vollständige Vernichtung des Faschismus gehen, sondern im weiteren um die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848.

Die KPD plädierte für den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes", für eine parlamentarisch-demokratische Republik „mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ (Staritz, S. 76). Dem sollte in einem ersten Schritt die Bildung von freien Parteien und Gewerkschaften dienen, gefolgt von der Säuberung des Erziehungs- und Bildungswesens sowie der Wiedererrichtung von demokratischen Selbstverwaltungsorganen. Im Hinblick auf die ökonomische Struktur enthielt das Programm Forderungen nach Enteignung des Vermögens von „Nazibonzen und Kriegsverbrechern“ und dessen Übergabe in die Hände des Volkes zur Verfügung von Selbstverwaltungsorganen; ferner die Liquidierung des Großgrundbesitzes und die Verstaatlichung der Betriebe von lebenswichtigem öffentlichen Interesse. Auf der anderen Seite stand die "völlig ungehinderte" Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Es war insgesamt ein Konzept für eine neue Art von Demokratie, für eine deutsche Demokratische Republik. Mit Blick auf potentielle Partner wurde darauf verzichtet, den Übergangscharakter des antifaschistisch-demokratischen Regimes zu erwähnen und die politische Perspektive des Sozialismus hervorzuheben. Somit wird auch verständlich, daß die Namen von Marx und Engels keinerlei Erwähnung finden. Die KPD präsentierte sich 1945 als eine grundsätzlich gewandelte Partei. Mit Blick auf die intendierte Bündnispolitik wurde der kommunistische Gründungsaufruf schließlich als Grundlage empfohlen für die Schaffung eines "Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrums-Partei und anderer)" (Staritz, S. 77).

Wollte die KPD-Führung dieses Programm realisieren, so mußte sie es zunächst in der eigenen Partei durchsetzen und gleichzeitig einen modus vivendi mit der Sozialdemokratie finden, jener Partei demnach, die die stärkste Konkurrentin um die Führung der Arbeiterbewegung war. Darüber hinaus mußte sie für die Anerkennung ihrer Block-Vorstellung bei den neu entstehenden Parteien sorgen. Dabei erwies sich die Durchsetzung der neuen Linie in der KPD selbst als schwierig. Schon die drei "Initiativgruppen" des Moskauer Zentralkomitees hatten erfahren, daß die in der

Emigration entwickelten Leitlinien für die Nachkriegszeit in der Restpartei auf Unverständnis oder Widerstand stießen. Als "reformistisch" wurde diese Art Programmatik kritisiert, und KPD-Mitglieder verlangten nicht selten - gerade auch in Anbetracht der Anwesenheit von sowjetischen Truppen - eine Art sozialistischer Umwälzung.

Angesichts dieser Situation war es aus der Sicht der aus der Sowjetunion zurückgekehrten Funktionäre dringend, die Partei personell zu erneuern, ideologisch zu festigen und den marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien des "Demokratischen Zentralismus" erneut Gültigkeit zu verschaffen. Sollte das neue Konzept verwirklicht werden, so mußten sie zunächst ihren Führungsanspruch gegenüber den eigenen Mitgliedern durchsetzen. Denn noch gab es zwei Strömungen in der KPD: auf der einen Seite der aus der Sowjetunion zurückgekehrte Rest des ZK, dessen Mitglieder fest mit der KPdSU verbunden waren. Sie hatten sich im Exil auf die Leitlinien der sowjetischen Politik verpflichtet, und sie waren diszipliniert und auf die sowjetische Führung fixiert. Auf der anderen Seite gab es jene KP-Mitglieder aus der Illegalität, den Zuchthäusern und KZ-Lagern, die nicht bereit waren, die neue Programmatik und den Führungsanspruch der Moskauer-Heimkehrer von vornherein anzuerkennen. Entscheidend für die Durchsetzung des Führungsanspruchs wurde neben dem ohne Zweifel vorhandenen Renommee jedoch die Unterstützung, die das ZK von der SMAD erhielt. Dazu zählten Informationen, aber auch massive Hilfe bei der materiellen Ausstattung des Parteiapparates.

Ebenso wichtig für die Durchsetzung dieses Führungsanspruches war jedoch auch die Zurückdrängung des Einflusses der sogenannten "Antifas". Es waren dies Zusammenschlüsse von Antifaschisten unterschiedlicher Parteirichtungen. Sie basierten auf einer Art antifaschistischem Grundkonsens, der sich schon im Augenblick des Zusammenbruchs des Dritten Reiches vielerorts in Deutschland zeigte. Häufig waren diese Gruppen als Selbsthilfeausschüsse entstanden, die sich zumeist "Anti-Nazi-Komitees", „Antifa-Komitees" oder ähnlich nannten und dann allgemein "Antifas" hießen. Die personelle Zusammensetzung war zwar meist zufällig, aber in der Regel dominierten Sozialdemokraten und Kommunisten. Diese Ausschüsse, die es überall in Deutschland gab und in denen Tausende von Mitgliedern erfaßt waren, hatten in der Sowjetischen Besatzungszone eine noch kürzere Lebensdauer als in den übrigen drei Zonen. Die Militärverwaltungen forcierten die Einsetzung "antifaschistischer" deutscher Verwaltungen, wobei sie von den drei "Initiativgruppen" des ZK der KPD, der "Gruppe Ulbricht" in Berlin, der „Gruppe Ackermann" in Sachsen und der "Gruppe Sobottka" in Mecklenburg-Vorpommern, unterstützt wurden. "Beide, Militärverwaltungen wie KPD-Emissäre, lösten rigoros bestehende Antifas' auf und integrierten deren beste Vertreter' in die neuen Verwaltungen." (Müller, IWK, S.173). Damit wurden die "füh-

renden" Kommunisten in die Lage versetzt, in nicht unbeträchtlicher Zahl über öffentliche Positionen verfügen zu können.

Nach außen hin sah es so aus, als strebten sie nach einer allen Parteirichtungen offenstehenden Besetzung der örtlichen Gremien, in der Realität hingegen blieben die Schlüsselfunktionen - Polizei-, Personal- und Volksbildungsämter - fast ausnahmslos den nach Deutschland zurückgekehrten emigrierten Kommunisten bzw. ihren Vertrauensleuten vorbehalten. Darüber hinaus leiteten die Mitglieder der genannten "Initiativgruppen" die Vorbereitungen für die Wiedergründung der KPD, wobei das Aufgehen der KPD in einer wie auch immer ausgerichteten Einheitspartei nicht vorgesehen war. Verglichen mit anderen Parteirichtungen ergaben sich aus dieser Konstellation nicht unwichtige Startvorteile. Das ZK der KPD verfügte über langfristige Planungen zur Verwirklichung seiner Vorstellungen im Nachkriegsdeutschland; es hatte die Unterstützung der Besatzungsmacht, konnte weiträumig operieren sowie eine langfristige Personalpolitik betreiben. "Immerhin konnte man schon im Sommer 1945 auf die Mitarbeit von rund 300 Remigranten aus der Sowjetunion zurückgreifen, ein Reservoir an qualifizierten Führungskadern, das zu der Zeit keiner anderen Partei zur Verfügung stand." (Müller, IWK, S. 173). In Verbindung mit dem erwähnten KPD-Aufruf wollte diese "neue" KPD im Sinn einer Volkspartei zur Sammlungspartei von Antifaschisten und Gutwilligen aus allen Bevölkerungsschichten werden, der nach diesen Planungen dann nur noch eine kleine SPD - quasi als Restpartei - gegenübergestanden hätte.

Im Vergleich dazu verlief der Wiedergründungsprozeß der SPD völlig anders, auch wenn es aufgrund des Befehls über die Parteienzulassung so aussah, als würde die Partei von oben nach unten aufgebaut. Im Gegensatz jedoch zum zentralistisch geleiteten KPD-Aufbau beschränkte sich die Wiedergründung der Sozialdemokratie weitgehend auf die regionale und lokale Ebene, wobei verschiedene Gründergruppen nicht selten ohne Kenntnis voneinander auf engem Raum nebeneinander operierten. Hinzu kam, daß die Sozialdemokraten der entscheidenden Rolle der Moskauer-Remigranten nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hatten. Wie schon anhand der erwähnten Interviews deutlich gemacht werden konnte, waren erste Aktivitäten von meist zufällig zusammengesetzten Gremien getragen, deren Mitglieder entweder vor 1933 in den betreffenden Gemeinden, Städten oder Regionen ansässig und politisch aktiv gewesen waren oder die es (wie beispielsweise in Berlin) während der nationalsozialistischen Diktatur dorthin verschlagen hatte.

Löst man die Interviews in diesem Kontext außer acht, so wird diese Problematik bei der Konstituierung des Berliner Gründerkreises der SPD besonders deutlich, der sich im Juni 1945 als Zentralauschuß (ZA) konstituierte. Vertreter von im wesentlichen

drei Gruppierungen bildeten in etwa den Kern dieses sich erst bildenden Führungskreises: die Gruppe um Otto Grotewohl und Erich Gniffke, die beide vor 1933 in Braunschweig Funktionen bekleidet hatten; eine Gruppe um die früheren ADGB-Funktionäre Hermann Schlimme, Bernhard Göring, Richard Weimann und Fritz Neubecker und eine weitere um Max Fechner, der sich als einziger auf ein Mandat des alten Parteivorstandes aus dem Jahr 1933 berief, das einem Ausschuß zur Aufrechterhaltung der Verbindung in der Berliner Illegalität übertragen worden sei, von dem nur er selbst und Richard Weimann überlebt hätten. Daraus entstand eine Diskussion, ob man ausdrücklich an diese Tradition anknüpfen oder einfach weiter nur als "vorbereitender Ausschuß" arbeiten solle. Schaut man sich diese personelle Konstellation an, so zeigen sich schon im Prozeß der Konstituierung Positionsschwächen. Dazu zählte „nicht nur das Fehlen früherer prominenter Parteiführer in diesem Kreis, die man durch die Politik vor 1933 diskreditiert glaubte" (Müller, IWK, S.174); bedeutsam war zudem, daß der Kreis um Göring, Schlimme, Vollmershaus und Leipart sich vornehmlich dem Gewerkschaftsaufbau widmete, bei dem die Kommunisten zugleich ein Übergewicht durchzusetzen versuchten. Wiederum im Vergleich mit der KPD macht dies deutlich, daß die Sozialdemokraten sogar in Berlin nur ein begrenztes Reservoir an Führungspersonal hatten. Mangelnde Unterstützung beim organisatorischen Aufbau seitens der SMAD kam erschwerend hinzu.

Nach der überraschenden Parteizulassung durch den Befehl Nr. 2 der SMAD und dem Hervortreten der KPD als eigenständiger Partei mit dem genannten Aufruf sahen sich die sozialdemokratischen Gruppen in Berlin veranlaßt, in aller Eile darauf zu reagieren. Für den noch zu konstituierenden ZA wurde sofort ein "Programmausschuß" gebildet, der einen Gründungsauftrag beraten und formulieren sollte. Der Aufruf, der schließlich am 15. Juni als Flugblatt veröffentlicht wurde, basierte im wesentlichen auf dem Entwurf Otto Grotewohls, der sich stark an dem kommunistischen Aufruf orientiert und diesen ausdrücklich begrüßt hatte. Hervorgehoben wurde, daß die gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands entscheidend für den Weg des Neuaufbaus seien und von daher die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik erforderlich sei. Während Gustav Dahrendorf in seinem Entwurf den „Aufbau eines sozialistischen Staates" (Moraw, S. 87) vorformuliert hatte, stand in dem veröffentlichten Aufruf vorsichtiger und zurückhaltender die Forderung nach "Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft". Während die KPD ihr Aktionsprogramm als Grundlage eines Parteienblocks - auch als Koalition zu verstehen - darstellte, ging der ZA darüber hinaus und forderte: "Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der

deutschen Arbeiterklasse führen! Wir sehen darin eine moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit, um der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben." (Zit. nach Bouvier, AfS, S. 425).

Am 19. Juni 1945 fand dann eine Besprechung zwischen Vertretern des ZA der SPD und des ZK der KPD statt, auf der Walter Ulbricht die Initiative des ZA für eine einheitliche Partei stoppte und eine sofortige organisatorische Vereinigung ablehnte. Gleichzeitig unterbreitete die KPD dem ZA den Entwurf für eine Vereinbarung, in der als Ausdruck der Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien die Bildung eines Arbeitsausschusses vorgeschlagen wurde, in dem auch ideologische Fragen als Voraussetzung einer späteren Vereinigung geklärt werden sollten. Den untergeordneten Instanzen beider Parteien sollte empfohlen werden, auf der regionalen und lokalen Ebene zusammenzuarbeiten. Da die ZA-Vertreter zu diesem Vorschlag keine Alternative anzubieten hatten und dies wohl auch nicht wollten, wurde er in der fraglichen Sitzung akzeptiert und später vom gesamten ZA gebilligt. Mit dem gemeinsamen Arbeitsausschuß hatte die KPD bzw. deren ZK seine Vorstellung über das Vorgehen in der Einheitsfrage durchgesetzt. Es hatte Zeit gewonnen, die eigene Partei organisatorisch zu festigen und gleichzeitig durch Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen SPD-Organisationen im Sinn der Einheit "von unten" die für sie günstigsten Bedingungen der Vereinigung zu schaffen.

Dennoch muß im Hinblick auf die Haltung der Sozialdemokraten, die mit dieser Vereinbarung bald schon in die Defensive gerieten, folgendes bedacht werden. Nicht alle Mitglieder des ZA befürworteten den Kurs in Richtung Einheitspartei, auch wenn die auf das Prager Manifest des Exilpartei Vorstandes der SPD (Sopade) von 1934 gestützten Bemühungen um eine Neuorientierung einer bei Kriegsende verbreiteten Grundstimmung entsprachen. Doch gerade in dieser Frage nahm der Berliner ZA eine andere Haltung ein als etwa die Schumacher-Gruppe in Hannover oder der Londoner Exil-Vorstand der SPD. Zudem sollte nicht vergessen werden, daß die vom ZA propagierte "Einheit" nicht dem entsprach, was dann daraus wurde; nicht um eine Hinwendung zu kommunistischer Theorie und Praxis ging es den Einheits-Protagonisten, sondern letztlich um eine Fortsetzung sozialdemokratischer Organisationstraditionen unter Einbeziehung der Kommunisten. Die Praxis zeigte hingegen, daß der ZA im Alltag nur wenig Handlungsspielraum besaß, daß er gerade in der „Einheits"-Frage im wesentlichen nur reagieren konnte. Als erschwerend für die Position des ZA kam hinzu, daß die ursprünglich von ihm ausgehenden Einheitsangebote ohne vorherige Verständigung mit den Parteimitgliedern außerhalb Berlins formuliert worden waren. Schon erste Kontakte mit den neu entstandenen Parteiorganisationen

in der übrigen SBZ machten den Einheitsbefürwortern im Berliner ZA deutlich, daß es zahlreiche Einwände gegen die vereinbarte Form der Kooperation gab und daß nicht wenige SPD-Funktionäre in anderen Regionen Einwände gegen jede Art von Vereinigungspolitik erhoben oder auch die politische Zielrichtung des ZA ablehnten.

Auf die besondere Konstellation der Wiedergründung der SPD in Berlin bzw. die des ZA mußte auch deshalb hingewiesen werden, weil die abgedruckten Interviews dazu kaum konkrete Aussagen machen, manche Probleme hingegen indirekt angesprochen werden oder als Hintergrundinformation zum Verständnis einiger Schilderungen unerlässlich sind. Wie die Interviews punktuell deutlich machen, bot der Wiedergündungsprozeß der SPD außerhalb der alten Reichshauptstadt und ihrer unmittelbaren Umgebung ein vielschichtiges Bild. Dem muß vorausgeschickt werden, daß Anfang Juli 1945 die endgültige territoriale Struktur der Sowjetischen Besatzungszone feststand. Die westlichen Alliierten hatten bis zu diesem Zeitpunkt die zunächst von ihren Truppen besetzten Gebiete Thüringens, Sachsens, Mecklenburgs und der preußischen Provinzen Brandenburg und Sachsen(-Anhalt) zugunsten der Sowjets geräumt. Die SMAD hatte schnell Landes- und Provinzialverwaltungen berufen, und kurze Zeit später nahmen die ersten deutschen Zentralverwaltungen für die gesamte sowjetisch besetzte Zone ihre Arbeit auf.

Während sich die KPD - gestützt auf umfangreiche Stäbe von hauptamtlichen Mitarbeitern - schon im Konstituierungsprozeß dem Organisationsschema des Verwaltungsaufbaus anpaßte und einen wichtigen Schwerpunkt auf die Arbeit von Betriebsgruppen legte, behielt die sich formierende SPD ihr traditionelles Organisationsschema der Wohnbezirke im wesentlichen bei. Sie richtete Bezirks- und Unterbezirksorganisationen ein und stützte sich bei der Parteiarbeit vornehmlich auf einen ehrenamtlichen Funktionärskörper. Durch die von der SMAD und KPD geförderte Bildung von Landesvorständen der SPD entstanden - wie auch die Interviews deutlich machen - nicht unbeträchtliche Reibungsflächen im Parteaufbau, wie sie beispielsweise an den Differenzen zwischen dem Bezirk Leipzig und dem sächsischen Landesvorstand oder zwischen dem Bezirk Magdeburg und dem Provinzialvorstand in Halle sichtbar wurden. Weniger problematisch erwies sich dies in Thüringen und Mecklenburg, da dort die vorgesehenen Landesverbände mit den früheren Bezirken in etwa identisch waren.

Von Bedeutung für den sozialdemokratischen Parteaufbau war andererseits, daß die Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone vor 1933 einige wichtige "Hochburgen" - so in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt - hatte. Hinzu kam, daß die anfänglich westlich der Elbe herrschenden anglo-amerikanischen Truppen in diesen Gebieten beide Arbeiterparteien an der Entfal-

tung gehindert hatten, so daß später sozialdemokratische Funktionäre der SMAD und KPD gegenüber ebenso selbstbewußt auftraten, wie sie dies gegenüber den Westalliierten getan hatten. Erschwerend und auch kennzeichnend für den sozialdemokratischen Wiederaufbau bzw. für die Wiedergründung der Partei waren vor allem fehlende Kommunikationsmöglichkeiten untereinander und die unverkennbare Überalterung der Funktionäre. Nicht zuletzt hier zeigten sich die Unterschiede zu den Mitgliedern und Funktionären der KPD, die schon frühzeitig Verbindungen untereinander und zum ZK hatten herstellen können und dann mit Hilfe der SMAD alle technischen Probleme leicht überwinden konnten. Nicht zuletzt bei der Inanspruchnahme dieser unschätzbaren Vorteile zeigte sich schnell, daß die mit der SPD vereinbarte "brüderliche Zusammenarbeit" nicht weit reichte; sozialdemokratische Interventionen blieben in der Regel ohne Erfolg.

In politischer Hinsicht waren manche Probleme mit denen der Berliner Sozialdemokraten vergleichbar, denn es gab auch in der übrigen Zone regional unterschiedliche Konzeptionen von Neubeginn und Traditionsbewahrung. Das bekannteste Konzept stammt von dem kurzzeitigen Landesvorsitzenden Hermann Brill in Thüringen. Grundlage seines Einflusses war neben seiner unbestreitbaren persönlichen Autorität das von ihm mitverfaßte "Buchenwalder Manifest". Er plädierte für eine Verbreiterung der politischen und sozialen Basis der Sozialdemokratie und für eine "kämpferische Demokratie", und anstelle einer Wiedergründung der „alten“ Arbeiterparteien sah er einen "Bund demokratischer Sozialisten" nach dem Muster der englischen Labour Party vor, wobei an ein Zusammengehen mit den Kommunisten zuerst nicht gedacht war. Die SMA Thüringens lehnte Brills Konzept ab und erlaubte nur die Wiedergründung eines sozialdemokratischen Landesverbandes. Die US-Militärbehörden hatten ihn zum Regierungschef ernannt. Der nachfolgenden Sowjetischen Militäradministration wurde er bald immer mißliebiger, so daß er abberufen wurde und in den Westen übersiedelte, da eine Verhaftung nicht ausgeschlossen schien.

Unterschiedliche Tendenzen zeigten sich im Land Sachsen, wo vor allem in Dresden die SPD durch die Aktivitäten der "Gruppe Ackermann" und Hermann Materns ins Hintertreffen geriet. Zu den Mitgründern der SPD gehörte dort auch der ehemalige Reichstagsabgeordnete Otto Buchwitz, der - wie andere - die Gründung von zwei Arbeiterparteien zunächst ablehnte. Man trug Buchwitz die Parteiführung für Sachsen an, die am 9. Juli 1945 auf der ersten "Landesausschußsitzung" bestätigt wurde. Vorausgegangen war dem schon die erste gemeinsame Sitzung von KPD und SPD und die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses. Durch die nachfolgende enge Kooperation zwischen Matern und Buchwitz wurden dann häufig Beschlüsse des

Landesvorstandes vorentschieden. Aus organisationspolitischer Sicht war der Landesverband der SPD schon im Juli konsolidiert, nachdem ein eigener Vorstand für Dresden unter Arno Haufe gebildet worden war. Noch im August wurde der erste Bezirksparteitag für Ostsachsen abgehalten.

Daß die Entwicklung beispielsweise in Leipzig anders verlief, ist in den Interviews deutlich geworden. Dabei spielte nicht nur die traditionelle Rivalität zur Landeshauptstadt Dresden eine Rolle, sondern bestimmend für die Wiedegründung der SPD waren auch die über die Illegalität hinaus erhaltenen Organisationstraditionen. Schon Mitte Mai bildete sich ein Bezirksvorstand, der am 3. Juli bestätigt wurde; neben Stanislaw Trabalski gehörten ihm u. a. Rudolf Rothe und Ernst Schönfeld an. Mit der KPD kam es frühzeitig zu ersten Differenzen, vor allem beim Gewerkschaftsaufbau und bei der Besetzung öffentlicher Ämter, denn die Sozialdemokraten waren nicht gewillt, den kommunistischen Vormachtanspruch hinzunehmen. Trabalski umschrieb die Schwierigkeiten mit KPD und SMAD folgendermaßen: „[...] Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es in Deutschland auch noch Leute gibt, die unsere Partei in der Stärke nicht gern sehen möchten, sondern es lieber sehen würden, wenn andere stärker würden. Das erschwert uns die Arbeit. Es kann klar und deutlich hier gesagt werden, unsere Kundgebung haben wir mit Ach und Krach erst vorgestern genehmigt bekommen.“ (Zit. nach Müller, IWK, S. 182).

Für die Provinz Sachsen zeigte sich manche Analogie zum Land Sachsen. Die KPD etablierte sofort zentrale Leitungsgremien, so daß die KPD-Provinzialleitung in Halle Motor des Parteiaufbaus wurde. Bei der SPD hingegen wirkten drei traditionelle Zentren nebeneinander, nämlich die Bezirke Halle, Magdeburg und Dessau. In allen dreien „hatte man mit spürbarem Widerstreben der Einrichtung eines Landessekretariats zugestimmt. Die Bezirke nahmen ihm gegenüber jedoch eine völlige Selbständigkeit in Anspruch. Aus je drei Vertretern der drei Bezirke wurde ein Landesvorstand nach altem überlieferten Muster gebildet, schwer beweglich und stets darauf bedacht, die Positionen des eigenen Bereiches zu wahren.“ (Bruschke, S. 89).

Ungeachtet der Tatsache, daß hier nicht alle Beispiele - auch nicht für die Tendenz vornehmlich in kleineren Orten zur sofortigen Bildung einer Einheitspartei - angeführt werden können, läßt sich doch festhalten, daß es beim Gründungsprozeß der SPD auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone für die industriellen Ballungsgebiete und die Großstädte nur drei wichtige Beispiele für den Wunsch nach einer sofortigen Einheitspartei gab, nämlich Berlin, Dresden und Görlitz. In Städten wie Chemnitz, Magdeburg, Halle, Leipzig, Rostock stand nie grundsätzlich zur Disposition, die SPD wiederzugründen, allenfalls sollte - wie in Thüringen - über Formen ihrer Erneuerung zu diskutieren sein. Außerhalb von Städten und Ballungsgebieten

war es für die SPD schwieriger, Fuß zu fassen, weil hier die Parteitradition nicht zum dominierenden Element werden konnte. Hinzu kam - im Vergleich zur KPD - das Fehlen technischer Möglichkeiten und eines für diese Fälle notwendigen hauptamtlichen Funktionärskörpers. Des weiteren wechselten auch - freiwillig oder unfreiwillig - Sozialdemokraten zur KPD über, zahlreiche Falschmeldungen waren im Umlauf, und es kam wohl auch vor, daß sowjetische Kommandanten KPD-Kader mit der SPD-Bildung beauftragt hatten, woraufhin Sozialdemokraten die Partei boykottierten. Beim ZA gab es zudem die Vermutung, daß auch die Existenz von „Antifa“-Komitees die Bildung von SPD-Gruppen be- oder verhindere. Bürokratische Auflagen durch sowjetische Kommandanten kamen schließlich erschwerend hinzu.

Alles in allem war die Wiedegründung der SPD in der SBZ bis zum September 1945 ein letztlich uneinheitlicher, aber trotz aller Widrigkeiten und Behinderungen durch Besatzungsmacht und KPD in den traditionellen Zentren der Partei erfolgreicher Prozeß. Gerade in diesen Gebieten erreichte sie schnell wieder die Stärke der Zeit vor 1933, während sie in den ländlichen Gebieten Mecklenburgs und der Provinz Brandenburg nur langsam wuchs. Dagegen gelang es kaum, eine überregionale Kommunikation der Parteigliederungen in Gang zu setzen. Sie blieb meist zufällig und auf vereinzelte persönliche Kontakte beschränkt, so daß man allzu häufig ohne Kenntnis voneinander arbeitete. Auch dem Zentralauschuß gelang es erst Ende August 1945, mit den regionalen Parteiorganisationen Kontakte aufzunehmen, und diese beschränkten sich zumeist auf Informationsreisen einzelner ZA-Mitglieder, die darüber hinaus an Vorgaben der Militärkommandanten gebunden waren. Sie zeigten jedoch, daß die politische Zielrichtung des ZA nicht unumstritten war, daß er nur eine Strömung innerhalb der ostzonalen SPD repräsentierte. Auf Kritik stieß dabei vor allem die sogenannte „Ostorientierung“, wonach die Sozialdemokratie ihre Funktion nicht in der Vermittlung zwischen Ost und West sehen, sondern sich langfristig auf eine wirtschaftliche und politische Entwicklung nach dem Osten hin einstellen sollte.

Trotz massiver Benachteiligung und Behinderungen hatte sich die SPD in der SBZ bis zum September 1945 vorläufig konsolidiert. In wichtigen Zentren verfügte sie über eine ausgebaute Organisation, in anderen über Stützpunkte. Bis zum Oktober wurden in fast allen Bezirken Parteitage abgehalten, die die in der Gründungsphase konstituierten Vorstände bestätigten. Vom September an verfügte die SPD nach Berlin in vier Ländern über Regionalzeitungen, die allerdings wie alle Publikationen der Zensur durch die SMAD unterlagen. Die SPD war nicht-auch im Hinblick auf die Mitgliederentwicklung - zum „Juniorpartner“, der KPD geworden. Vor diesem Hintergrund schwand der „Einheitswille“, zusehends zugunsten der Betonung von Unabhängigkeit und Eigenständigkeit.

Dem Zentralausschuß war es jedoch nicht gelungen, seinen Einflußbereich über die Grenzen der Sowjetischen Besatzungszone hinaus auszudehnen, obwohl er bereits mit seiner Namensgebung „Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ einen gesamtdeutschen Anspruch artikuliert hatte. Das lag einmal daran, daß die Zonengrenzen immer undurchlässiger wurden, zum anderen aber auch daran, daß die westlichen Besatzungsmächte politische Parteien zunächst nur auf lokaler bzw. regionaler Ebene zuließen. Trotzdem gelang es dem Leiter des lokalen Hannoveraner Gründungszentrums der SPD, dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher, dieses Zentrum im Sommer 1945 zu einem länderübergreifenden, ja überzonalen Zentrum der SPD zu entwickeln, das zunächst, da nach dem Besatzungsrecht ein solches überregionales Zentrum noch illegal war, den Namen „Büro Dr. Schumacher“ trug.

Im Juli/August 1945 ließ sich Schumacher von den wiedererstandenen Bezirksorganisationen der SPD in den westlichen Besatzungszonen formelle Mandate ausstellen, in denen er mit der organisatorischen und politischen Führung der SPD beauftragt wurde. Neben den beiden innerdeutschen überregionalen Zentren der SPD in Berlin und Hannover, die anfänglich einen gesamtdeutschen Anspruch artikulierten, gab es im Jahr 1945 noch eine dritte Institution, die Einfluß auf den Wiedergründungsprozeß der Partei zu gewinnen versuchte, den sogenannten Exilvorstand der SPD. Dieser war im Frühjahr 1933 in Prag gegründet worden und hatte seit 1940 seinen Sitz in London. Die Kontinuität zum letzten legalen Berliner Parteivorstand vor dem Verbot vom Juni 1933 repräsentierten nur noch der damalige Parteivorsitzende Hans Vogel und das damals jüngste Mitglied des Parteivorstandes, Erich Ollenhauer. Beide innerdeutschen Zentren versuchten nun, sobald wie möglich Kontakt zu Hans Vogel in London aufzunehmen, um dem eigenen Anspruch eine zusätzliche Legitimation zu verschaffen. Aus den bislang zugänglichen Dokumenten geht hervor, daß die Kontakte zwischen Hannover und London bereits im September sehr viel enger waren als die zwischen Berlin und London. Hans Vogel teilte die große Skepsis von Schumacher, ob es den Berlinern auf Dauer möglich sein werde, im Bereich der sowjetischen Besatzungsmacht eine unabhängige SPD zu erhalten. Vogel unterstützte auch den Plan von Schumacher, Anfang Oktober eine erste interzonale Parteikonferenz in Wennigsen bei Hannover abzuhalten. Diese Konferenz war von Schumacher ursprünglich als „Reichskonferenz“ beabsichtigt, wurde dann aber regional auf die Bezirke der westlichen Besatzungszonen beschränkt. Ihren gesamtdeutschen Charakter bewahrte sie dadurch, daß Vertreter des Berliner Zentralausschusses und des Londoner Exilvorstandes als Gäste eingeladen wurden. Vom ZA kamen Grotewohl, Fechner und Dahrendorf, aus London Ollenhauer, Heine und Schoettle.

Die Vertreter des ZA versuchten vergeblich, Schumacher und die Delegierten der westlichen Parteibeiräte dafür zu gewinnen, den ZA durch die Zuwahl von Repräsentanten der SPD aus den drei Westzonen zu einer gesamtdeutschen Vertretung der SPD zu erweitern. Schumacher konnte sich mit seiner Konzeption durchsetzen, daß bis zur Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates nur ein Nebeneinander von zwei Parteizentren möglich sei, da die Voraussetzungen für die politische Tätigkeit der SPD in der SBZ einerseits und in den westlichen Besatzungszonen andererseits zu verschieden seien. Vereinbart wurde eine möglichst enge Zusammenarbeit der beiden Zentren in Berlin und Hannover.

Die Vereinbarung über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Hannover und Berlin blieb so gut wie folgenlos. Sicher lag das zum Teil an den fortbestehenden schlechten Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den westlichen Besatzungszonen und Berlin, zum Teil aber auch an der festen Überzeugung von Schumacher und seinen Mitarbeitern, daß der „SPD der Ostzone“ von der sowjetischen Besatzungsmacht kein genügend großer Spielraum für eine unabhängige Politik eingeräumt werde. Als Anfang Dezember noch einmal ein Vertreter des ZA (Gniffke) nach Hannover kam, ließ Schumacher deutlich durchblicken, daß er die SPD in der SBZ als selbständige politische Partei bereits abgeschrieben hatte. Es muß wohl Spekulation bleiben, ob Kurt Schumachers starre Haltung gegenüber dem Berliner ZA und der SPD in der SBZ mit dazu beigetragen hat, diese den Kommunisten auszuliefern und mit der SED-Gründung die kommunistische Diktatur in der SBZ/DDR zu festigen. Dennoch wird man sein mangelndes Verständnis für die schwierige Lage der Sozialdemokraten in der SBZ und sein Mißtrauen gegenüber den Motiven von Grotewohl, Dahrendorf, Gniffke und anderen ursprünglichen Befürwortern der Vereinigung zumindest bedauern müssen. Das soll nicht heißen, daß er die Vereinigung letztlich hätte verhindern und die Existenz der SPD im sowjetischen Machtbereich hätte retten können. Dennoch haben Schumacher und die West-SPD die Partei in der Ostzone vielleicht zu früh abgeschrieben, zu einem Zeitpunkt nämlich, als sie zumindest durch Zeichen von Solidarität aus dem Westen hätte gestärkt und in ihrem Widerstand gegen die Vereinigung mit den Kommunisten ermutigt werden können. Im Vorwort zu Gniffkes Erinnerungen schrieb Herbert Wehner, daß Schumacher genau gewußt habe, worauf es ankam, um politisch „nicht in die Wurst gehackt“ zu werden. „Aber wußte er genug darüber, womit die unter den besonders komplizierten Verhältnissen der sowjetischen Besatzungszone lebenden Exponenten der Sozialdemokratie psychologisch zwingend ins Gespräch gezogen werden konnten?“ (Wehner, Wandel und Bewährung, S. 358).

Das Ergebnis der Konferenz von Wennigsen (5.- 7. Oktober 1945) mußte für den

ZA und namentlich Otto Grotewohl eine Enttäuschung sein, weil kurz vorher, im September, der bisher verfolgte Kurs einer engen Kooperation mit der KPD modifiziert worden war. Mitbestimmend dafür dürften das gewachsene Selbstbewußtsein der ostzonalen SPD aufgrund ihrer raschen Konsolidierung gewesen sein, nicht zuletzt aber auch die aus allen Regionen eintreffenden und sich häufenden Berichte über zunehmende Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den Kommunisten. „Otto Grotewohl, mehr und mehr als Zonenvorsitzender anerkannt, vollzog einen deutlichen Kurswechsel von der Orientierung an und der intendierten Einheit mit den Kommunisten hin zu einer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der SPD. Er stellte offen den kommunistischen Führungsanspruch in Frage und modifizierte die Konzeption der ‚Ostorientierung‘.“ (Müller, IWK, S.188). In einer Versammlung in Berlin-Neukölln legte Grotewohl am 14. September 1945 vor mehreren tausend Funktionären und in Anwesenheit von Wilhelm Pieck seine Überlegungen offensiv dar. Seiner Meinung zufolge fehlten die Voraussetzungen für eine Fusion der beiden Arbeiterparteien. Der Graben des Mißtrauens und auch Unverständnisses, der Sozialdemokraten und Kommunisten vor 1933 getrennt habe, sei nach wie vor tief. „Das gleichwohl mit pathetischer Rhetorik beschworene Ideal einer Einheitspartei wurde in eine ferne Zukunft verbannt“ (Caracciolo, S. 288). Vordringlich sei es vielmehr, die SPD auf nationaler Ebene wiederzuvereinigen. Und diese nationale Partei werde das Band sein, das die deutsche Einheit zusammenhalten könne, was auch hieß, daß die Reichseinheit die Reichspartei voraussetzte. Grotewohl sprach der Sozialdemokratie die Rolle der Staatspartei zu, denn weder die KPD noch die bürgerlichen Parteien könnten von allen vier Besatzungsmächten als Gesamtvertretung des deutschen Volkes betrachtet werden. Damit sollte die SPD nicht nur zum Integrationsfaktor des deutschen Parteiensystems werden, sondern Grotewohl leitete darüber hinaus den Führungsanspruch für die SPD ab, einen neuen deutschen Staat aufzubauen.

Die KPD reagierte umgehend und vollzog nun ihrerseits einen Kurswechsel. Noch in der genannten Versammlung schloß Pieck seine Antwort auf Grotewohls Rede mit der Aufforderung, eine einheitliche Partei zu schaffen und die Lehren des Marxismus-Leninismus in die Praxis umzusetzen. Daraufhin entstand ein solcher Tumult, daß Pieck nicht weitersprechen konnte. Schon wenige Tage später wandte sich Pieck auf einer Kundgebung zur Bodenreform „mit aller Schärfe gegen jeden Versuch, die sich anbahnende Einheit aufzuhalten“ (Deutsche Volkszeitung v. 14.10.1945). Die früher genannten Voraussetzungen für eine Einheit, nämlich „ideologische Klärung“ und gemeinsame Aktion, verschwanden aus der Argumentation, die KPD startete eine Werbekampagne zur Steigerung ihrer Mitgliederzahlen, und ab Oktober 1945 drängte das ZK der KPD auf die Einberufung einer gemeinsamen Tagung bzw. Kon-

ferenz der Zentralleitungen und der Bezirks- bzw. Landesvertretungen von KPD und SPD, um die Aktionseinheit beider Parteien zu intensivieren und die Voraussetzungen für eine organisatorische Einheit zu schaffen. Dem Verlangen nach Herstellung der „Einheit“ erteilte Grotewohl in einer Rede zum 9. November eine deutliche Absage, indem er betonte, die Einheit könne kein Beschluß von Instanzen sein. Ferner dürfe sie auch nicht „nur im geringsten das Ergebnis eines äußeren Drucks oder indirekten Zwangs“ sein (Vor vierzig Jahren, S. 7). Schließlich verlangte er die möglichst schnelle Schaffung einheitlicher Reichsparteien und lehnte alle Bestrebungen von zonenweisen Vereinbarungen ab. Damit versuchte die SPD auch im folgenden, der KPD-Strategie mit gesamtdeutschen Forderungen zu begegnen, nicht zuletzt um Zeit zu gewinnen.

Im Gegenzug begannen die Kommunisten eine monatelange Propagandakampagne von seit Kriegsende unbekannter Intensität. Deren Schwerpunkt richtete sich nun nicht mehr auf die Berliner Parteiführung, sondern auf die mittlere und untere Ebene in den Ländern, um letztlich die Geschlossenheit der Sozialdemokraten in der sowjetischen Zone aufzubrechen, einzelne Parteigliederungen für das Vereinigungskonzept der KPD zu gewinnen und exponierte Funktionäre (vor allem die Landesvorsitzenden) an sich zu binden. Nicht selten schalteten sich die sowjetischen Kommandanten in den Prozeß der innerparteilichen Willensbildung der SPD ein, um die Bereitschaft zur Vereinigung (notfalls auch gegen den ZA) zu „fördern“. Darüber hinaus verbot die Zensur Berichte über sozialdemokratische Versammlungen, und es gab auch offene Repression. Der Spielraum der SPD-Führung wurde zusehends geringer, zumal sich abzeichnete, daß es innerhalb der Partei auf Landesebene wichtige Befürworter der Einheitspartei gab. Es waren dies vor allem der spätere Landesvorsitzende von Thüringen, Heinrich Hoffmann, Otto Buchwitz aus Sachsen und der mecklenburgische Vorsitzende Carl Moltmann. Aber noch hoffte der ZA - trotz des Ergebnisses der Konferenz von Wennigsen und der starren Haltung Schumachers-, dem Macht- und Einheitsanspruch der KPD eine vereinigte deutsche Sozialdemokratie gegenüberzustellen. Als dann -wie bereits erwähnt -Griffke am 18. Dezember zu Schumacher nach Hannover fuhr, gab dieser ihm zu verstehen, daß er an einem Gespräch mit Grotewohl, der in Braunschweig auf ein positives Zeichen wartete, überhaupt nicht interessiert war. „Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der SPD schien endgültig Schiffbruch erlitten zu haben.“ (Caracciolo, S. 305).

Nach dieser als gescheitert zu bezeichnenden Mission folgte dann am 20./21. Dezember 1945 das von den Kommunisten seit Wochen verlangte entscheidende Zusammentreffen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Es war jene Konferenz der SPD- und KPD-Funktionäre, die als „Sechziger-Konferenz“ in die Geschichte

eingegangen ist. Die Vertreter aus den Bezirken der sowjetischen Zone waren so kurzfristig und überraschend eingeladen worden, daß ihnen keine Zeit für Vorbereitungen geblieben war. Die Bezirksvertreter trafen zur Vorbesprechung der Sozialdemokraten so spät ein, daß an Planungen nicht zu denken war. Von großer Bedeutung ist, daß Öffentlichkeit und Parteimitglieder erst nach Abschluß von diesem Treffen informiert wurden. Denkt man darüber hinaus an den Einfluß der sowjetischen Zensur auf Zeitungen und Rundfunk, verwundert es nicht, daß nach außen der Eindruck entstand bzw. entstehen sollte, der entscheidende Schritt in Richtung auf die Einheit hin sei getan. Eine entsprechende Bedeutung wurde dem Schlußdokument beigemessen bzw. zugeschrieben. Darin wurde die Aufstellung gemeinsamer Wahlprogramme für die nächsten Wahlen bekanntgegeben, und die Organisationen beider Parteien waren aufgefordert, auf allen Ebenen die nächsten Schritte in Richtung Fusion zu diskutieren.

Das stenographische Protokoll der Konferenz macht jedoch deutlich, daß hinter dieser Fassade ein heftiger Kampf tobte, der zu einem nur wenig tragfähigen Kompromiß führte. Grotewohl eröffnete die Konferenz mit einer für die Kommunisten provokanten Rede. Er beharrte auf der Forderung, zuerst müßten einheitliche Reichsparteien gebildet werden, dann erst könne über eine Vereinigung entschieden werden. Bitter beklagten sich Grotewohl und die anderen Sprecher des ZA über die Bevorzugung der KPD durch die SMAD u.a. bei der Ämterbesetzung und bei der Zuteilung von Papier für Parteipublikationen. Unterstützung fand Grotewohl nur bei zwei der drei in der Diskussion das Wort ergreifenden Bezirksvertreter. Ein dritter (Otto Buchwitz, Sachsen) näherte sich bereits der KPD-Forderung, die Einheit möglichst schnell herbeizuführen. Da die SPD-Delegation nicht mehr als einheitliche Gruppe auftrat, war es der KPD-Delegation leicht möglich, sie taktisch zu überfahren. Die Kommunisten konnten durchsetzen, daß ihr Resolutionsentwurf zur Grundlage für das Abschlußdokument der Konferenz gemacht wurde. Zwar konzedierte den Sozialdemokraten, daß einige für diese noch unannehmbare Forderungen, nämlich die nach gemeinsamen Wahllisten bei den bevorstehenden Kommunalwahlen und die nach Vereinigung beider Parteien auf lokaler und regionaler Ebene, gestrichen wurden. Doch insgesamt mußte die angenommene und veröffentlichte "EntschlieÙung" den Eindruck erwecken, daß die SPD in der SBZ auf die Linie der KPD eingeschwenkt war. Da nützte es auch nichts, daß der ZA auf seiner Sitzung am 15. Januar 1946 versuchte, noch einmal den eigenen Standpunkt zu betonen und die Landes- bzw. Bezirksvorstände zu ermahnen, an keinerlei entgegengesetzten Beschlüssen mitzuwirken. Denn diese Weisung durfte nicht veröffentlicht werden, und einige der Landesorganisationen steuerten inzwischen offen einen anderen Kurs.

Die Veröffentlichung des Dokuments der „Sechzig“ - und vor allem die verhinderte Veröffentlichung der von den Sozialdemokraten erreichten Zugeständnisse und Einwände - hatte eine für den ZA und die Parteigliederungen in der Zone verheerende Kettenreaktion zur Folge. "Die Parteimitglieder waren erstaunt, oft auch erzürnt, glaubten, der ZA habe sie den Kommunisten ausgeliefert. In Berlin wurden hitzige Versammlungen abgehalten, auf denen Grotewohl und seine Anhänger vehement angegriffen wurden." (Caracciolo, S. 306). Gleichzeitig nahm Kurt Schumacher das Ergebnis der Konferenz zum Anlaß, endgültig mit den Berlinern bzw. mit der SPD in der SBZ zu brechen und von sich aus einen scharfen Trennungsstrich zwischen beiden Parteien zu ziehen. Er berief zwei Konferenzen der westdeutschen Sozialdemokraten (in Hannover und Frankfurt a. M.) ein, die sich von der "Sechziger"-EntschlieÙung los-sagten, ohne auch nur Informationen über den Ablauf der Konferenz verlangt zu haben. Gustav Dahrendorf kommentierte dies mit folgenden Worten: "Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß unsere Freunde im Westen so instinktos sein können." (Zit. nach Moraw, S.142). Als Grotewohl und Dahrendorf dann Anfang Februar 1946 noch einmal zu einem Treffen mit Schumacher und einem seiner engsten Mitarbeiter nach Braunschweig fuhren, mußten sie zugeben, daß der Weg zu einer baldigen Einheitspartei inzwischen unumkehrbar war. Der Empfehlung Schumachers, angesichts des Drucks der Besatzungsmacht die SPD für die SBZ aufzulösen, erwiderten sie, daß der ZA nicht mehr für die gesamte SPD in der SBZ Entscheidungen treffen könne. Ein Auflösungsbeschuß hätte lediglich die Auflösung der eigenen Organisation zur Folge. Die Vereinigung würde dann auf Bezirks- oder Landesebene stattfinden.

Da die Kommunisten in den folgenden Wochen ihre Vereinigungskampagne mit Hilfe der SMAD noch weiter intensivierten, verlor der ZA immer mehr an Handlungsspielraum. Aus zahlreichen Beispielen und Berichten an den ZA wurde deutlich, daß Vertreter der SMAD versuchten, einzelne Parteigliederungen dazu zu bewegen, als "Vorreiter" der Einheit hervorzutreten, daß sie also vornehmlich in der Provinz zusammen mit der KPD versuchten, die "Einheit von unten" zu forcieren. Neben dieser Art von „Gesprächen“ gab es allerdings noch vielfältige andere Methoden: Gegen bekannte Einheits-Gegner wurden Redeverbote verhängt, und auch Eingriffe in die Personalhoheit der SPD waren nicht selten, so daß "mißliebige" Funktionäre von der Besatzungsmacht durch kooperationswilligere ersetzt wurden. In den hier veröffentlichten Interviews gibt es zahlreiche Beispiele für diese Methoden. Darüber hinaus nutzte die SMAD selbstverständlich auch die Pressezensur, um die eigenen Pläne (und die der KPD) gegen die SPD durchzusetzen.

Aber auch vor schärfsten Sanktionen schreckte die SMAD nicht zurück. Nach Angaben Erich Ollenhauers vor einem Kongreß ehemaliger politischer Häftlinge der

SPD im Jahr 1961 wurden "nach ganz vorsichtigen Schätzungen in der Zeit von Dezember 1945 bis zum April 1946 mindestens 20.000 Sozialdemokraten gemäßregelt, für kürzere oder auch sehr lange Zeit inhaftiert, ja sogar getötet" (Fricke, Opposition und Widerstand in der DDR, S. 34). Diese Unterdrückungsmaßnahmen richteten sich vornehmlich gegen Funktionäre der mittleren und unteren Ebene, wohingegen die Parteiführungen in Berlin und in den Ländern verschont blieb. Das mag u. a. auch daran gelegen haben, daß zumindest der Anschein demokratischen Verhaltens gewahrt werden sollte.

Wenn man davon ausgeht, daß der ZA seit dem Februar 1946 seine Handlungsfreiheit einbüßte, so muß man hinzufügen, daß die unteren Parteigliederungen sie schon längst verloren hatten, sofern sie Gegner der kommunistischen Einheitskampagne waren. Längst war das Gesetz des Handelns an die KPD und die mit ihr zusammenarbeitenden Sozialdemokraten übergegangen. Die sogenannte "Sechziger-Konferenz" hatte eine „Studienkommission" aus je vier Vertretern beider Parteien eingesetzt, die seit Anfang 1946 Entwürfe für ein Gründungsprogramm und ein Statut der SED erarbeitete. Beide wurden auf einer zweiten "Sechziger-Konferenz" am 26. Februar 1946 verabschiedet. Aber längst nicht mehr alle Eingeladenen erschienen dazu, denn die Würfel waren gefallen. Seit Mitte Januar hatte der Zentralausschuß Zug um Zug seine Positionen zurücknehmen müssen, bis ihm dann am 11. Februar 1946 kein anderer Ausweg mehr blieb, als den KPD-Vorstellungen zuzustimmen. Vor allem nach der erwähnten harten Absage Schumachers wurden manche Argumente des ZA hinfällig, so daß SMAD und KPD ihren Druck mit dem Argument verstärken konnten, ein sozialdemokratischer Reichsparteitag sei wegen Schumachers Haltung gar nicht durchführbar.

Am 10. und 11. Februar 1946, dem Vorabend des ersten Gewerkschaftskongresses für die Sowjetische Besatzungszone, gab es ein Treffen des ZA mit Vertretern der Bezirke, auf dem es auch über die Forderung der KPD zu entscheiden galt, die Vereinigung bis zum 1. Mai zu vollziehen. Obwohl es für die SPD gar keine Alternative mehr gab, kam es noch einmal zu einer kontroversen Diskussion. Über einen Antrag Gustav Dahrendorfs, die Partei aufzulösen, wurde nicht einmal abgestimmt, mit der Begründung, die prinzipielle Zustimmung der SPD zur Vereinigung liege vor. Ein Antrag, den vor allem die Landesvorsitzenden Moltmann, Hoffmann und Buchwitz unterstützten, wonach durch einen Beschluß die sofortige Vereinigung auf dem Gewerkschaftskongreß des folgenden Tages bekannt gegeben werden sollte, wurde jedoch zunächst abgelehnt. Als dann die drei Landesvorsitzenden drohten, sich vom ZA loszusagen und die Vereinigung auf Landesebene zu vollziehen, kam es zu einem Mehrheitsbeschluß zugunsten der Vereinigung beider Parteien.

Wenn man davon ausgeht, daß der ZA bzw. die Sozialdemokraten aller Handlungsmöglichkeiten völlig verlustig gegangen sind, so sollen dafür noch einmal die wichtigsten Faktoren angeführt werden: die seit November sich ständig verstärkende Einheitskampagne, die den Gegnern der Vereinigung eine Artikulation von Opposition unmöglich machen sollte. Die Propaganda ging mit allen Mitteln so sehr in eine Richtung, daß selbst die spärlichen Berichte über Urabstimmungsforderungen allenfalls als Pannen der Zensur gelten können. Darüber hinaus gelang es der KPD in der gesamten Zone durch die Mobilisierung vor allem der Betriebsgruppen und durch entsprechend forciertes Mitgliederwachstum, die SPD-Instanzen, unter Druck zu setzen. Und drittens können die Einwirkungen der Besatzungsmacht kaum überschätzt werden, wobei der direkte Befehl nicht einmal das äußerste Mittel war. Die Bandbreite der Möglichkeiten reichte von der Überzeugung über Korruption in verschiedenen Formen bis zur offenen Gewalt. Auch Otto Buchwitz räumte Druck und Gewalt seitens der SMA ein. Wenn man die Repressionsmaßnahmen von SMAD und KPD - Druck, Propaganda, Spaltung, Terror - isoliert betrachtet, so rechtfertigen sie durchaus den Begriff "Zwangsvereinigung".

Trotz der groß angelegten Einheitskampagne verlief die Entwicklung in den einzelnen Ländern der SBZ nicht einheitlich. Es war die SPD-Führung von Mecklenburg, die den kommunistischen Vorstellungen am weitesten entgegenkam, indem sie schon am 6. Januar 1946 in einer Konferenz der Kreisvorsitzenden nach Angaben von Moltmann einstimmig die Vereinigung von SPD und KPD beschloß. Doch zu diesem Zeitpunkt gelang es dem ZA nach, diesen Alleingang zu bremsen. Als in Thüringen der Landesvorsitzende Hoffmann die SMAD dahingehend informierte, daß die Sozialdemokraten auf eine beschleunigte Einigung drängten, wurde ihm von anderen Vorstandsmitgliedern vorgehalten, von seinen Angaben sei kein Wort wahr. Da sie jedoch ihre Version nicht publizieren konnten, brachten dann Versammlungen in Anwesenheit von SMAD- und KPD-Vertretern eindeutige Mehrheiten, denn erklärte Einheitsgegner konnten es nicht wagen, offen ihre Ablehnung zu äußern. Auch in Sachsen war es der Landesvorsitzende Otto Buchwitz, der die Vereinigung forcierte, wobei ihm ein Teil der Dresdner Partei folgte. Anfang Januar wurde ein "Einheitsbüro" gebildet, das entsprechende Vorarbeiten zu leisten hatte und dessen erste Aktivität darin bestand, am 15. Januar 1946 eine Massenkongress zur Bekundung des "Einheitswillens" in beiden Parteien zu organisieren. An ihr nahmen 3.000 Personen teil; allerdings wurde sie von der Leipziger SPD boykottiert, von wo auch Resolutionen gegen die Vereinigung stammten. Vor allem in Leipzig wurde die sozialdemokratische Opposition auch nach außen hin sichtbar; sie konnte sich offenkundig auf die dort noch nicht gebrochene Geschlossenheit der SPD stützen, denn dort war es

weder der KPD noch der SMAD gelungen, Teile der Parteiführung oder wichtige Gruppen abzuspalten und für ihr Einheitskonzept zu gewinnen, was wiederum die Wirksamkeit von Sanktionen gegen einzelne minderte.

Diese wenigen Beispiele zeigen, unter welchem starkem Druck die Sozialdemokraten bzw. die sozialdemokratischen Parteigliederungen in der Provinz allein durch die ungeheure monatelange Propagandakampagne geraten waren. Nachdem dann viele Sozialdemokraten in den Bezirken der Sowjetischen Besatzungszone vergeblich auf ein Signal des Zentralausschusses in Berlin gewartet hatten, blieb für sie nur der Weg in die Einheitspartei. Lediglich in Berlin konnten sich oppositionelle Sozialdemokraten sammeln und organisieren, nicht zuletzt aufgrund der Anwesenheit der drei westlichen Besatzungsmächte. Die Parteimehrheit geriet immer mehr in offenen Gegensatz zum ZA und zum Bezirksvorstand, gegen die Vereinigung wurden Resolutionen verabschiedet. Aber erst nach dem ZA-Beschluß vom 11. Februar formierte sich die Opposition, die zu Kurt Schumacher Ende Februar Kontakt aufnahm. Die Auseinandersetzungen mündeten in der Forderung nach einer Urabstimmung. Bis zu dieser Abstimmung am 31. März 1946 spaltete sich die Berliner SPD auch formal. Im sowjetischen Sektor wurde die Urabstimmung vom dortigen Stadtkommandanten verboten. Das Ergebnis in den Westsektoren war eindeutig gegen die KPD-Bestrebungen gerichtet: 82 % stimmten gegen eine sofortige Vereinigung, 62 % jedoch befürworteten als Antwort auf eine zweite Frage eine enge Zusammenarbeit beider Parteien. Dies war nicht nur ein deutliches Votum für die Selbständigkeit der SPD, sondern auch für deren Willen zur Zusammenarbeit mit der KPD auf der Basis tatsächlicher Gleichberechtigung. Eine Woche nach der Urabstimmung, am 7. April 1946, konstituierte sich ein neuer Berliner Bezirksverband unter neuer Führung und mit neuem Programm. Diese von der KPD verhöhnte „Opposition“ war jedoch die Mehrheit der Berliner SPD, denn nur etwa 24.000 ihrer 66.000 Mitglieder gingen anschließend zur SED. Neue Vorsitzende der SPD wurden Franz Neumann, Curt Swolinsky und Karl J. Germer, Otto Suhr bald darauf ihr Generalsekretär.

Analog zur Einheitskampagne sollten die Beschlüsse zur Vereinigung zunächst auf unterer Ebene gefaßt werden, für den 6. und 7. April waren getrennte Landes- und anschließende Vereinigungsparteitage geplant, denen am 19. und 20. April die zentralen Parteitage und unmittelbar darauf der Vereinigungsparteitag folgten.

Unter dem Druck der Vereinigungskampagne und trotz der vorhersehbaren Entwicklung hatte die SPD vor der Vereinigung noch erfolgreich neue Mitglieder gewonnen. Nach einer Statistik des ZA gab es Ende Dezember 1945 ca. 376.000 Mitglieder für Berlin und die sowjetische Zone, und für Ende März 1946 wurde die Zahl von 681.000 Mitgliedern genannt, die auch auf dem Vereinigungsparteitag der SED

angeführt wurde. Einer der Gründe für diese Mitgliederwerbung war wohl das Bestreben, in der (seit Februar sichtlich unvermeidlichen) SED ein zahlenmäßiges Gleich- oder Übergewicht im Hinblick auf die vorgesehene Parität aufweisen zu können. Anfänglich schien es vielen Sozialdemokraten auch noch möglich, in der SED sozialdemokratisches Gedankengut und Traditionen zu erhalten. Schon die Symbolik und die Gesten auf dem Vereinigungsparteitag deuteten eine Kompromißstruktur der neuen Partei an. Ähnliche Hoffnungen weckte auch das Gründungsprogramm, Freiräume schienen denkbar. Gerade unter der Voraussetzung, die deutsche Einheit sei zu erkämpfen oder wiederherzustellen, mußte den Sozialdemokraten der versprochene Freiraum in der SED nicht von vornherein als Illusion erscheinen. Wie die ausgewählten Interviews gezeigt haben, war dies eine verbreitete Meinung, und im nachhinein mag es einfach sein, diese Hoffnungen als „Illusion“ abzutun. Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, daß - ungeachtet der nicht zu leugnenden Behinderungen, Schikanen und Repression - die SED 1946 noch nicht die stalinistische „Partei neuen Typus“ der Jahre nach 1948 war. Wenn die in diesem Band vorgelegten Beispiele auch im wesentlichen die verschiedenen Formen von Druck zeigen, der im Hinblick auf die Vereinigung ausgeübt wurde, so sollte doch auch darauf hingewiesen werden, daß viele Sozialdemokraten aus freier Entscheidung in die neue Partei gingen, die meisten wohl aus der Illusion oder dem Glauben heraus, die SED könne durch ihre aktive Mitwirkung eine „sozialdemokratische“ Partei werden. Im Verlauf der Stalinisierung schieden dann vermutlich Hunderttausende der bei der SED-Gründung übernommenen Sozialdemokraten wieder aus: durch Ausschlüsse, „Säuberungen“, Verfolgungen, Inhaftierungen oder auch durch Flucht in den Westen. Die vorgelegte Dokumentation legt ein beredtes Zeugnis ab für das Schicksal von Sozialdemokraten auf dem Boden der damaligen Sowjetischen Besatzungszone. Die Beispiele ließen sich vermehren, aber es werden dennoch neue Forschungen nötig sein, um derartige Schicksale von Vergessenen und „Namenlosen“ weiter zu erhellen, insbesondere von denjenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - aus dem Raster der bisherigen Forschung herausfielen oder der politischen Umstände wegen herausfallen mußten. Obwohl sich die Forschung dieses Themas durchaus schon angenommen hat, steht ein abschließendes Urteil noch aus.

Dennoch wird man festhalten können, daß die meisten Sozialdemokraten, auch die Mitglieder des Zentralausschusses, die Absicht hatten, in der neuen SED den Zusammenhalt untereinander zu bewahren. Diese Bemühungen in zahlreichen Parteigliederungen, sich durch Gruppenbildung gegen den kommunistischen Herrschaftsanspruch zu wehren, wurden von den Betroffenen, deren Verhalten mehr als hart geahndet wurde, nicht nur als Opposition, sondern als Widerstand empfunden.

Nach dem Eindruck von S. F., zu dem in dieser Zeit, als er noch Mitglied des Zentralsekretariats war, viele Funktionäre aus der Provinz kamen, um ihre Klagen vorzubringen, waren zwei Motive für diese Art sozialdemokratischer Gruppenbildung vorherrschend: Zum einen war es die von vornherein bestehende Abneigung gegen die Parteienvereinigung, und zum anderen führte die doktrinaire Haltung vieler KP-Funktionäre fast automatisch dazu, daß die Geschädigten und Benachteiligten sich zusammenschlossen und aneinander aufzurichten versuchten. Das politische Hauptziel sei es jedoch gewesen, "so schnell als möglich eine SPD in der Ostzone zu schaffen. Ein kleiner Teil [...1 dieser ungeheuer großen Zahl politisch Benachteiligter ist zur bewußten Widerstandsarbeit bereit [...1. Größer ist die Zahl derjenigen Funktionäre, die innerhalb der SED Querverbindungen untereinander halten, um ein organisiertes Gewicht gegen die Beschlüsse der SED entwickeln zu können." (Zit. nach Moraw, S. 230 f.). Dem wurde jedoch hinzugefügt, daß es in der Regel diesen Gruppen an genügend organisierter Vorbereitung ihrer Absichten und an der erforderlichen Zivilcourage gemangelt habe. Hinzu kam, daß das genannte Ziel einer Wiederezulassung der SPD nach den innerhalb der SED gemachten Erfahrungen nur unter der Voraussetzung sinnvoll und realisierbar erschien, daß der Aufbau der Partei ohne Bevormundung durch die Besatzungsmacht möglich war. "In dieser Situation lag es zumindest für die Aktivisten nahe, sich bei der SPD im Westen um Rückhalt wie auch um Informationen zu bemühen, welche Aussichten bestanden, dem politischen Ziel näher zu kommen" (Moraw, S. 231).

Inzwischen hatten auf der anderen Seite beim Parteivorstand der SPD der Westzonen in Hannover einzelne sozialdemokratische Funktionäre aus der Ostzone Zuflucht gefunden, die sich mit meist unzureichenden Mitteln diesen wachsenden Problemen widmeten. Einer war D. R., der, wie in dem hier abgedruckten Interview deutlich wird, bis Februar 1946 Parteisekretär in Magdeburg gewesen war. Seit dem Sommer 1946 koordinierte er diese Arbeit - zunächst im Sinne einer Flüchtlingshilfe - in einem besonderen "Ostbüro" beim Parteivorstand in Hannover. Ein weiteres derartiges Büro wurde beim Vorstand der Berliner SPD eingerichtet. Wie die Interviews andeuten, waren diese Ostbüros wichtige Anlaufstellen für die Sozialdemokraten aus der SBZ, und sie waren häufig die einzige Quelle für Informationen aus dem Westen. Auch für diese Problematik werden noch weitere Forschungen nötig sein. Daß diese Kontakte für die Sozialdemokraten in der SBZ mehr als gefährlich waren, zeigen die Meldungen über Verhaftungen und Verurteilungen. Gleichzeitig wird man einräumen müssen, daß dies vielen aktiven Sozialdemokraten in der SBZ nicht genügte. "Immer wieder trafen im Ostbüro Berichte ein, in denen Befürchtungen anklangen, daß man im Stich gelassen werden könnte" (Moraw, S. 231). Das

kann auf das subjektive Gefühl der Bedrohung oder auch auf persönliche Erfahrungen zurückzuführen sein, ohne daß dieser Eindruck durch die Haltung der West-SPD gerechtfertigt sein mußte. Auch wenn die Sozialdemokraten den Zusammenhalt innerhalb der SED wahren wollten, so wurde wie schon bei der Auseinandersetzung um die Vereinigung die mangelnde Einheitlichkeit zum Problem. Zudem war an eine offene Koordination nicht zu denken, denn im Zuge der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen, der zunehmenden Polarisierung im Gefolge des Kalten Krieges, wurden die Bedingungen dafür immer schlechter; viele Sozialdemokraten wurden als „Schumacher-Agenten“ denunziert, diffamiert und verfolgt. Hinzu kam, daß auch die Hoffnung von oppositionellen Sozialdemokraten in der SED auf eine Wiederezulassung der SPD immer mehr schwand. Auch die zahlreichen Inhaftierungen mußten den Zusammenhalt empfindlich stören. Es war jedoch auch oder vor allem die fehlende Koordination, die dazu beitrug, die sozialdemokratischen Positionen in der SED selbst zu untergraben: Zahlreiche Sozialdemokraten, deren Zahl in die Zehntausende ging, ließen sich erst gar nicht in der SED registrieren. Dieser Aderlaß verkehrte zusammen mit der Berliner Spaltung die zahlenmäßige Mehrheit der Sozialdemokraten in der SED bald in das Gegenteil.

Andere Faktoren, die ebenso wichtig für das Schicksal von Sozialdemokraten in der SED waren, können hier nur angedeutet werden: Viele Sozialdemokraten reagierten auf die Vereinigung mit Passivität. Da sie für die Parteiarbeit nicht mehr zur Verfügung standen, konnte die "Parität" in den Führungsfunktionen kaum mehr ausgefüllt werden. Auch die Zufälligkeit vieler Vorstandsbesetzungen und die fehlende Mobilität sozialdemokratischer Funktionäre wirkten sich nachteilig aus. Notgedrungen flohen darüber hinaus sehr viele Sozialdemokraten in den Westen, weil sie um ihre persönliche Sicherheit fürchten mußten. Nicht wenige Sozialdemokraten zogen sich schließlich aus dem unmittelbaren politischen Bereich zurück und übernahmen Funktionen wie Bürgermeisterämter oder Fachaufgaben in Verwaltungen. Allerdings darf auch nicht übersehen werden, daß sich eine nicht unbeträchtliche Zahl früherer Sozialdemokraten aus den unterschiedlichsten Motiven aktiv in der Einheitspartei engagierte.

All das führte dazu, daß schon bis Mitte 1947 die früheren Kommunisten ein deutliches politisches Übergewicht in der SED erlangt hatten, obwohl das „Paritäts“-Prinzip offiziell noch gültig war.

Anders verlief die Entwicklung in Berlin. Dort wurde der innerparteiliche Streit der SPD zu einem politischen Kampf zwischen den Besatzungsmächten. So unterstützten die sowjetischen Behörden den Antrag der SED vom 26. April 1946, als gesetzliche Nachfolgerin von KPD und SPD anerkannt zu werden, die sie beide als nicht mehr

existent betrachteten. Am 30. April bestätigte dann die amerikanische Militärregierung das Fortbestehen der SPD in ihrem Sektor und erklärte, daß die KPD sich aufgelöst habe. Erst am 28. Mai konnte das Koordinationskomitee des alliierten Kontrollrats eine Lösung finden, wonach in allen vier Sektoren Berlins sowohl die SPD unter der Führung Franz Neumanns als auch die SED förmlich anerkannt wurden. Die Wahlen vom Oktober 1946 zeigten dann, daß die Berliner mit großer Mehrheit für die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien stimmten. Selbst im Sowjetsektor erreichte die SED nur 30 % (Groß-Berlin insgesamt 19 %, Westsektoren 13,7 %), wohingegen die SPD die absolute Mehrheit nur knapp verfehlte. Somit konnte es den Anschein haben, als könne die SPD im Osten Berlins zur Alternative zur SED werden. Diese Vorstellung mußte sich jedoch schon bald als illusorisch erweisen, denn vor allem nach 1948 wurde der Sozialdemokratie ein freies Arbeiten zunehmend erschwert. Einfluß auf politische Ereignisse konnte sie kaum noch nehmen, ihre Präsenz wurde immer mehr zum Symbol des Aushaltens. Es war unübersehbar, daß die Mitglieder in den acht Ost-Berliner Bezirken immer weniger wurden. Eine verständliche Entwicklung, wenn man den Zermürbungsprozeß bedenkt, denn für die Mitglieder der Ost-SPD ging es nur noch ums Überleben und kaum noch um politische Aktivitäten. Auch eine Brücken-Funktion konnten sie nicht mehr wahrnehmen.

Der Mauerbau vom August 1961 machte die lebensnotwendige Unterstützung aus dem Westen unmöglich, auf die die Ostberliner Bezirke angewiesen waren. Um schlimmere Folgen zu vermeiden, verkündete die Führung der SPD in Westberlin am 23. August 1961 den Beschluß, die Arbeit in Ostberlin einzustellen und die dortigen Mitglieder von jeder weiteren Verantwortlichkeit oder Verpflichtung zu befreien.

Diese Entwicklung im Osten Berlins wird allerdings in den nachfolgenden Interviews nicht dokumentiert. Im Vordergrund steht hier auch nicht die Berliner Parteiführung, der Zentralaussschuß der SPD, über den schon viel veröffentlicht wurde. Die abgedruckten Dokumente konzentrieren sich in erster Linie auf das Schicksal von Sozialdemokraten auf dem übrigen Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone. Im Zentrum der Erzählungen stehen der Aufbau der SPD in verschiedenen Regionen der damaligen SBZ, die Vereinigung von SPD und KPD als politisches Schlüsselereignis sowie die sich daraus ergebenden Folgen für die Sozialdemokraten: Flucht, politische Verfolgung, Verhaftung, langjährige Freiheitsstrafen. Es sind Interviews mit Mitgliedern bzw. Funktionären der mittleren und unteren Ebene, jener tragenden Schicht also, die entscheidenden Anteil am parteipolitischen und verwaltungsmäßigen Aufbau der SBZ hatte und die nach der Vereinigung der beiden Parteien bald mehr oder minder gewaltsam ausgeschaltet wurde.